



Ethik-Kontrollstelle  
der Alternativen Bank Schweiz

Revisionsbericht 2015  
Das Wachstum der ABS –  
ethisch reflektiert

Ulrich Thielemann  
Berlin, 27. Januar 2016

1. FRAGESTELLUNG UND AUFBAU: DIE LEGITIMATORISCHE HERAUSFORDERUNG DES POSTWACHSTUMSDISKURSES .....	3
2. IST DAS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE WACHSTUM SELBST DAS PROBLEM – ODER ALLEIN SEINE FEHLENDE QUALIFIZIERUNG?.....	6
2.1 <i>Wachstum als Erzeuger ökologischer und sozialer Kosten</i> .....	6
2.2 <i>Wachstum ja, aber „qualitativ“</i> .....	8
2.3 <i>Rebound-Effekte statt Entkopplung</i> .....	10
3. DIE ABS ALS POSTWACHSTUMSUNTERNEHMEN? .....	14
3.1 <i>Klein, aber fein – und modellhaft?</i> .....	15
3.2 <i>Der „Wachstumszwang“ der ABS</i> .....	16
4. DIE ABS ALS WACHSTUMSUNTERNEHMEN.....	17
4.1 <i>Was soll wachsen?</i> .....	17
4.2 <i>Die Idee der Verdrängung</i> .....	22
5. DIE ABS ALS FÖRDERER DES QUALITATIVEN WACHSTUMS – ODER DER POSTWACHSTUMSWIRTSCHAFT?.....	24
5.1 <i>Die ABS als Financier der Produktion oder des Konsums?</i> .....	24
5.2 <i>Die ABS als Förderer der Postwachstumswirtschaft?</i> .....	25
5.3 <i>Die ABS als Förderer des „besseren“ Wachstums?</i> .....	27
5.4 <i>Expansion ins Ausland als Ausweg aus einer vielschichtigen Konfliktlage?</i> ....	30
6. DIE RAISON D'ÊTRE DER ABS UND DIE WACHSTUMSFRAGE .....	33
6.1 <i>Die Grenzen der Individual- und Unternehmensethik für den nötigen Umbau der Wirtschaft</i> .....	34
6.2 <i>Spannungen zwischen Expansionsdrang und dem Geist der ABS</i> .....	36

„Das Wort Wirtschaftswachstum hat keinen guten Klang mehr.“  
Robert von Heusinger (2010)

## 1. Fragestellung und Aufbau: Die legitimatorische Herausforderung des Postwachstumsdiskurses

Die ABS wächst und wächst. Vor allem wachsen die Einlagen der Kundinnen und Kunden. Diese Einlagen werden, sobald sie der Bank zufließen, als Verpflichtungen der ABS gegenüber den Einlegerinnen und Einlegern auf der Passivseite der Bilanz verbucht und simultan als flüssige Mittel, und sodann hoffentlich als Ausleihungen auf der Aktivseite der Bilanz. Somit wächst mit den Einlagen auch die Bilanzsumme der ABS. Und zwar seit vielen Jahren um etwa 10 Prozent. Die Bank wächst also exponentiell. Denn gleichbleibende Wachstumsraten bedeuten steigende absolute Zuwächse. An diesem Wachstum hat auch die Einführung von Negativzinsen auf zufließende Gelder (ABS 2015a) wenig geändert (Auskunft GL). „Die Leute strömen immer noch zur ABS, trotz Negativzinsen oder sogar jetzt gewissermassen erst recht.“<sup>1</sup>

Zugleich ist das Wachstum, und zwar das BIP-Wachstum, auf das die gegenwärtige Politik weitgehend ausgerichtet ist,<sup>2</sup> seit einiger Zeit in die Kritik geraten. Diese Kritik gewinnt auch gegenwärtig an Breite und fordert die Wachstumsbefürworter zunehmend argumentativ heraus. Gegen die Auffassung, dass nur eine wachsende Wirtschaft eine gut funktionierende Wirtschaft sei, werden vor allem ökologische Argumente ins Feld geführt: Das Wachstum der Gütermenge gehe einher mit einer „Plünderung“ des Planeten und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Aber auch soziale Argumente: Das Wachstum werden zunehmend sinnlos, da es das „Glück“ und das Wohlbefinden der Leute nicht mehr steigere, sondern nur mehr dem Statuskonsum diene.

Zu den Protagonisten der Wachstumskritik, die für eine „Postwachstumsökonomie“ eintreten, zählen unter anderen Niko Paech (2014), Tim Jackson (2011), Meinhard Miegel (2010) und Robert und Edward Skidelsky (2013). Es gibt eine Postwachstumsbewegung, die sich unter Titeln wie „décroissance“, „degrowth“ oder „Buen Vivir“ gebildet hat (vgl. Muraca 2014). Die aktuellen Diskussionen der Befürworter einer „Postwachstumswirtschaft“ werden auf Websites wie [www.postwachstum.de](http://www.postwachstum.de), [degrowth.de](http://degrowth.de) oder [decroissance.ch](http://decroissance.ch) geführt oder dokumentiert. Auch in der Bevölkerung bedeutet Wirtschaftswachstum kaum mehr die

<sup>1</sup> Dieses auf den ersten Blick vielleicht erstaunliche Ergebnis erklärt sich zum einen daraus, dass die breite Berichterstattung in den Medien über die ABS als die, jedenfalls bislang, einzige Schweizer Bank, die die Negativzinsen der SNB an ihre Einlegerinnen und Einleger zumindest teilweise weitergibt, die Bank mit ihrem ethisch basierten Geschäftsmodell bekannter gemacht hat, zum anderen daraus, dass Kundinnen und Kunden die Ansicht teilen, dass es „transparenter und fairer ist, wenn die Kosten über Negativzinsen statt über Gebühren an die Kunden weitergegeben werden“ (Auskunft GL).

<sup>2</sup> Schlaglichtartig und mittlerweile berühmt-berüchtigt der Beschluss des Bundesvorstandes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands: „Wachstum ist nicht alles – aber ohne Wachstum ist alles nichts!“ (CDU-Bundesvorstand, 2004).

Verheissung eines besseren Lebens. Wachstum müsse zwar sein und sei darum „wichtig“ oder „sehr wichtig“, finden 90 Prozent der Befragten. Allerdings glauben 60 Prozent nicht daran, dass mit dem BIP-Wachstum ihre Lebensqualität steige (Bertelsmann-Stiftung 2012). „Wichtig“ ist Wachstum offenbar nur noch, weil sonst Arbeitslosigkeit drohe.

„Mehr BIP gilt als gut. Aber mehr von was? Mehr Häuser? Mehr Autos? Mehr Schlagsahne? Seien wir ehrlich: Diese Frage interessiert uns spätestens seit den siebziger Jahren nicht mehr. Sie ist nie Gegenstand der öffentlichen Debatte. Mehr BIP muss nur noch deshalb sein, damit mehr Arbeitslosigkeit vermieden werden kann.“ (Vontobel 2013)

Wie verortet sich die ABS in diesem Diskurs, dessen Impulse und Problematisierungen im Wesentlichen dem gleichen kulturellen Umfeld entstammen, in dem auch die ABS ihre Wurzeln hat und das sie nach wie vor prägt. Wenn die ABS in ihrer Mission formuliert, sie wolle sich mit ihrer Geschäftstätigkeit „für das Gemeinwohl, die Menschen und die Natur“ einsetzen, „damit die Welt lebenswert bleibt“<sup>3</sup> (oder auch: lebenswerter wird), dann könnten Wachstumskritiker einwenden: Dann dürft ihr nicht mehr wachsen und durch eure Geschäftstätigkeit das übergreifende BIP-Wachstum antreiben.

Die ABS beschäftigt sich seit dem Jahre 2013 intensiv mit der „Wachstumsfrage“ (Nussbaumer 2015), was unterstreicht, dass sie ihre gesellschaftspolitisch begründete Mission ernst nimmt. So standen die Geldgespräche 2014/15 unter dem Titel „Ohne Wachstum geht es nicht?“. Im Geschäftsbericht 2013 warfen Verwaltungsratspräsident Eric Nussbaumer und der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Martin Rohner, die Frage auf, ob das gut zehnpromtente Bilanzsummenwachstum der ABS angesichts der „negativen Folgen eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums“ noch „ethisch vertretbar“ sei (Nussbaumer/Rohner 2014).<sup>4</sup> Der Geschäftsbericht 2013 stellte diese Frage dann auch ins Zentrum (ABS 2014a, S. 17).

Die Antwort der ABS auf die legitimatorische Herausforderung des Postwachstumdiskurses lautet selbstverständlich nicht, zu schrumpfen, auch nicht, das bestehende Niveau zu halten, sondern als Unternehmen „qualitativ“ zu wachsen

<sup>3</sup> [www.abs.ch/de/ueber-die-abs/das-abs-geschaeftsmodell/unsere-ziele/](http://www.abs.ch/de/ueber-die-abs/das-abs-geschaeftsmodell/unsere-ziele/).

<sup>4</sup> Zwar besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Bilanzsumme eines Unternehmens als einer Bestandsgrösse und dem volkswirtschaftlichen BIP-Wachstum als einer Flussgrösse. – Letzteres setzt sich aus der Summe der Nettowertschöpfungen (Umsätze minus Vorleistungen) + Abschreibungen (= Bruttowertschöpfung) der Unternehmen zusammen (Engelkamp/Sell, 2013, S. 195 ff.). Betrug das durchschnittliche Bilanzsummenwachstum der ABS in den letzten 5 Jahren (2010–2014) 11,4 Prozent pro Jahr, so fiel das Wachstum der Nettowertschöpfung (Jahresgewinn + Personalaufwand bzw. Betriebsertrag – Sachaufwand gemäss Geschäftsberichten 2009–2014) mit durchschnittlich 6,1 Prozent deutlich geringer aus, überstieg allerdings auch das BIP-Wachstum der Schweiz in diesem Zeitraum wiederum deutlich, welches etwa 1,3 Prozent betrug (Schmidbauer 2015). – Offenbar und selbstverständlich besteht aber eine positive Korrelation zwischen der Höhe der Geldvermögensbestände, die eine Bank in ihrer Bilanz ausweist, und der Höhe der Lohn- und Kapitaleinkommen, die die Bank mit Hilfe dieser erzielt. Abgesehen davon ist die indirekte Wirkung einer Bank auf das Wirtschaftswachstum vermittels der Kredite, die sie vergibt, natürlich unvergleichlich höher.

(Nussbaumer/Rohner 2014). Doch wie gut begründet ist diese Antwort? Hält sie der Kritik der Wachstumskritiker und Postwachstumsbefürworter stand, so diese im Kern berechtigt ist? Jedenfalls ist diese Kritik ernst zu nehmen. Und wenn die Bank weiterhin wachsen soll, in welcher Dimension soll sie wachsen und in welcher möglicherweise nicht? Könnte es sein, dass ein allzu forciertes Wachstum, in welcher finanziellen Dimension auch immer genau, selbst wenn es für sich betrachtet als „qualitativ“ zu klassieren ist, die ABS-Idee nicht etwa stärkt, sondern schwächt und die ABS-Identität möglicherweise verwässert?

Um diese Fragen zu klären, wurden zum einen ABS-interne und frei verfügbare Dokumente und Verlautbarungen der ABS auf Stellungnahmen zur Wachstumsfrage hin untersucht. Zum anderen wurden Gespräche mit Akteuren der ABS geführt, und zwar mit zwei Mitgliedern des Verwaltungsrats (VR1, VR2), vier Mitarbeitenden, drei davon in leitender Position (MA1, MA2, ...), sowie einem Geschäftsleitungsmitglied (GL). Wie in vorangegangenen Revisionsberichten der Ethikkontrollstelle auch werden die Aussagen der Befragten im Folgenden anonym wiedergegeben und durch die oben angegebenen Kürzel markiert, die lediglich auf die Funktion innerhalb der ABS Aufschlüsse geben.

Im Folgenden wird zunächst, losgelöst von der ABS, der Frage nachgegangen, wie sich die ABS bzw. einzelne ihrer Vertreter zur Wachstumsfrage stellen. Ist das Wirtschaftswachstum selbst problematisch bzw. wird es dies ab einem gewissen Punkt, oder ist es nur der Mangel an „Qualität“ des gegenwärtigen Wachstums, so dass ein „qualitatives Wachstum“ einen Ausweg böte? (Abschnitt 2) Es wird sich dabei herausstellen, dass sog. „Rebound-Effekte“ den entscheidenden Einwand für die Orientierung an einem „qualitativen“ oder „grünen“ Wachstum bilden. Vor diesem Hintergrund wird in einem nächsten Schritt diskutiert, ob sich die ABS zu einem „Postwachstumsunternehmen“ entwickeln sollte und in welchen Dimensionen sich ein entsprechendes Schrumpfen oder Nicht-mehr-Wachsen manifestieren könnte. (Abschnitt 3) Der Begründung und Ausgestaltung der Gegenposition einer weiterhin, wenn auch qualifiziert, wachsenden ABS ist der folgende Abschnitt gewidmet. Hier interessiert vor allem die Frage, ob die qualitative Ausrichtung des Wachstums der ABS den Argumenten der Rebound-Kritik Rechnung tragen kann. Dabei wird zunächst auf die ABS selbst geschaut und gefragt, was genau gemeint ist, wenn vom „Wachstum“ der ABS die Rede ist. In welcher Dimension soll die ABS ihrer eigenen Intention nach wachsen? (Abschnitt 4) Sodann wird auf die Unternehmen und Projekte, die die ABS finanziert, geschaut. Könnte die Antwort auf die Rebound-Kritik etwa darin bestehen, dass die ABS wächst, indem sie Postwachstumsunternehmen finanziert? Oder indem sie selbst wächst und damit ihre Kreditnehmer wachsen, und zwar „qualitativ“, aber andere Banken und andere Unternehmen schrumpfen? (Abschnitt 5) In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, welchen unternehmens- und gesellschaftspolitischen Sinn das Wachstum der ABS und mit diesem die intendierte Steigerung des so genannten „Impact“ haben soll, der den sozialen und ökologischen „Mehrwert“ vermehren soll, den die Bank mit der Kreditvergabe (ebenso mit dem Anlagegeschäft) nach ethischen Gesichtspunkten erzeugen will. Welche Beiträge, sei es für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft oder für ihren Übergang in eine Postwachstumswirtschaft, können einzelwirtschaftliche Akteure wie die ABS leisten und sich zumuten? Worin bestehen demgegenüber die systematischen Grenzen einer Individual- und Unternehmensethik? Auch ist zu fragen, ob mög-

licherweise eine Spannung besteht zwischen dem feststellbaren Expansionsdrang der ABS und ihrem Geist. (Abschnitt 6)

## **2. Ist das volkswirtschaftliche Wachstum selbst das Problem - oder allein seine fehlende Qualifizierung?**

Im Wachstumsdiskurs lassen sich im Prinzip drei Positionen unterscheiden:

1. Der neoliberale ebenso wie der keynesianische Mainstream plädieren für ein unbegrenztes BIP-Wachstum. Zu viel kann es davon eigentlich nie geben. Die angebotsorientierten („unternehmerfreundlichen“) Neoliberalen wollen dazu alle Hindernisse (alle „Handelshemmnisse“), die seiner Steigerung entgegenstehen könnten, beseitigen; die Keynesianer wollen demgegenüber die Nachfrage unter anderem durch Staatsverschuldung („deficit spending“) stärken, da sie annehmen, die zu überwindende Wachstumsschwäche resultiere daraus, dass Überschusseinkommen gehortet würden.
2. Ohne den Wachstumsmotor selbst in Frage zu stellen, plädieren Vertreter eines „Green New Deal“ für ein politisch anzuregendes „grünes“ und insofern für ein „qualitatives“ Wachstum. Damit könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Zum einen wird angenommen, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft der Investitionen und damit des Wachstums bedürfe. Erst aus diesem liessen sich die Mittel gewinnen, um diese Investitionen zu finanzieren. Zum anderen könne so die Wachstumsschwäche überwunden und es könnten Arbeitsplätze geschaffen werden. Angenommen werden muss dabei allerdings, dass sich das Wachstum vom Ressourcenverbrauch und von den Umweltbelastungen entkoppeln lässt.
3. Die Wachstumskritiker widersprechen der Entkopplungsthese. Das Wirtschaftswachstum sei selbst problematisch und nicht etwa, wie die Vertreter eines „grünen“ Wachstums annehmen, selbst neutral bzw. an und für sich stets erstrebenswert.<sup>5</sup>

### **2.1 Wachstum als Erzeuger ökologischer und sozialer Kosten**

Das Problembewusstsein der ABS für die Wachstumsfrage ist hoch. Dass es in einer begrenzten Welt letztlich kein unbegrenztes Wachstum geben könne, worin sich die Essenz der Wachstumskritik zusammenfassen lässt, leuchtet jedem der Befragten ein. Zwar treten die allermeisten der Befragten für ein „qualitatives Wachstum“ ein, dieses allerdings biete „keine abschliessende und keine umfassende Antwort“ auf die Problemlage, meint jedenfalls VR2. „Unsere Wirtschaft

<sup>5</sup> Eine je nachdem mehr oder weniger weitgehende Position besteht darin, nicht im Wachstum an und für sich das Problem zu erblicken, sondern im Motor, welcher die Akteure zum BIP-Wachstum treibt, nämlich im Wettbewerb als einem Prozess „schöpferischer Zerstörung“. Vgl. Thielemann 2013.

kann nicht ewig weiter wachsen“, findet auch MA4. Daher sollte man „jetzt wirklich in eine Postwachstumswirtschaft eintreten“. Auch GL möchte „der Logik der Postwachstumsgesellschaft zum Durchbruch verhelfen“ und hält ein Argumentieren innerhalb der „Logik des Wachstums“ für problematisch, heisse dies doch stets, für „noch mehr materielles Wachstum“ zu plädieren.

Es sind vor allem ökologische Gründe, Gründe des Erhalts der Integrität der natürlichen Umwelt, die das ewige Wirtschaftswachstum zum Problem machten. MA2 hofft, „dass der Naturverbrauch zurückgeht“, wozu es erforderlich sei, „dass das Wachstum abgebremst wird“. Es reiche nicht aus, „einfach auf ökologischere Produkte umzuschwenken, ohne die Menge des Konsums zu senken“ – und damit natürlich auch den Umfang der Produktion. Wenn die gegenwärtige Entwicklung „so weitergeht“, so werde dies „schlussendlich in einem ökologischen Desaster münden“ (VR2). Da man „die Natur nicht unbegrenzt plündern kann“, gebe es „Grenzen des Wachstums“ (MA3). Es bedürfe einer Einkehr in die „Postwachstumswirtschaft“, weil das heutige Wachstum „einen riesigen Druck auf die Umwelt ausübt“ (MA4).

Aber auch soziale Fehlentwicklungen werden mit dem Wachstum in Verbindung gebracht. „Am Wachstum problematisch“ sei, dass „einige Leute sich die ganze Wertschöpfung unter den Nagel reissen“ (MA2). Diese Kritik an einem „Wachstum ohne Umverteilung“ (MA2) kann allerdings kaum auf das Wachstum an und für sich bezogen sein, sondern entweder auf seine Verteilung oder auf den dahinterstehenden Wachstumsmotor, sei es prinzipiell oder in seiner gegenwärtigen Gestalt. Auf diese Gestalt stellt offenbar MA3 ab, für den der „Wandel“ hin zu einem anderen, qualitativen Wachstum „auch mehr Gleichheit“ und eine Verringerung der „Schere zwischen Arm und Reich erfordert“.

Auf die Maschinerie der Wachstumsentstehung selbst scheint hingegen der Hinweis hinzudeuten, das gegenwärtige Wachstum habe „auf das Zusammenleben der Menschen [offenbar negative] Auswirkungen“ (VR2). Auch Christian Arnspurger, Ökonom und Ethiker, der als externer wissenschaftlicher Berater bei der ABS fungiert und hier als eine Stimme der ABS gewertet wird, scheint kritisch auf die Wachstumsmaschinerie statt allein auf ihr Ergebnis, das Wachstum an und für sich, abzustellen, wenn er auf den wachsenden „Stress“ auf Seiten der Beschäftigten hinweist, den die Massnahmen mit sich brächten, die Unternehmen heute zur Steigerung der „Effizienz“ durchführten (Arnspurger 2014a, S. 6).<sup>6</sup> (Um für unseren Zusammenhang relevant zu sein, muss hier vorausgesetzt werden, dass diese einzelwirtschaftlichen Massnahmen irgendwie zum gesamtwirtschaftlichen BIP-Wachstum beitragen.)

<sup>6</sup> Der Text wurde nach einer internen Konsultation in den Geschäftsbericht 2013 aufgenommen.

## 2.2 Wachstum ja, aber „qualitativ“

Ebenfalls den Prozess der Wachstumsentstehung müsste der folgende Einwand betreffen. Arnsperger (2014a, S. 7) geht davon aus, dass „in der Schweiz wahrscheinlich – materiell und finanziell gesehen – bereits heute schon genug für alle vorhanden“ sei. Eigentlich sei ein weiteres BIP-Wachstum also nicht mehr notwendig. Dass Arnsperger gleichwohl für ein weiteres Wachstum plädiert, hängt damit zusammen, dass diese Mittel „aber nicht gerecht verteilt“ seien. Das Wachstum diene daher nur mehr dem Ziel, „alle Schichten der Gesellschaft, auch die ärmeren“, am allgemeinen Wohlstand zu beteiligen, „ohne dass bei den Reichen Unzufriedenheit entsteht“; denn schliesslich müsse „nur ... der Zuwachs“ und von diesem auch nur „ein Teil“ diesen „ärmeren Schichten“ zufließen, um wiederum diese zufrieden zu stellen. Der Verzicht auf Umverteilung zwingt dieser Argumentation zufolge also zum Wachstum (unter der Annahme, dass die Nicht-Reichen an den Früchten ihrer Arbeit zumindest ansatzweise fair beteiligt werden möchten). Wachstum gebe es nur mehr, weil „alle Schichten der Gesellschaft“, also auch „die Reichen“, nicht „bereit“ seien (bzw. für die andere Seite wohl eher: nicht in der Lage sind), die „Stabilität“ der „Ungleichheiten zwischen Arm und Reich“ in Frage zu stellen (Arnsperger 2014a, S. 7).

Daraus folgt nach Arnsperger aber nicht eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum bzw. von der „Wachstumsfixierung“, wie VR1 kritisch anmerken könnte, sondern die Orientierung an einem weiteren, nun aber „qualitativ besseren Wirtschaftswachstum“. Zu dieser Qualifizierung des Wachstums soll auch ein „fair gestaltetes Wachstum“ zählen, welches „weniger Armut, Ungleichheit und Lebenssorge erzeugt“ (wodurch auch immer dies zu bewerkstelligen wäre), obwohl doch, jedenfalls nach eigenen Massstäben, „genug“ für alle da ist, so dass der bestehende Wirtschaftskreislauf, jedenfalls für die Schweiz, bloss erhalten werden müsste und seine Ergebnisse bloss gerechter zu verteilen wären. Es werden, jedenfalls in diesem Text, auch keine anderen Gründe für ein weiteres gesamtwirtschaftliches Wachstum genannt.<sup>7</sup> Es scheint, als dürfe der Prozess, der zum Wachstum führt, nicht in Frage gestellt bzw. begrenzt werden, sondern nur in eine andere, „nachhaltigere“ Richtung gelenkt werden. Das Festhalten am Wachstum könnte auch damit zusammenhängen, dass der Mangel an „Bereitschaft“ seitens „der Reichen“ zum Verzicht auf ihre Pfründe, bzw. ihre „Zufriedenheit“, zum Prinzip erhoben wird und somit aus der obigen Erklärung für das heutige Festhalten am Wachstum eine Begründung wird.

Zwar scheint Arnsperger (2013, S. 25) an anderer Stelle für „weniger Makro-Wachstum“ zu plädieren, insgesamt jedoch für ein „qualitatives Wachstum“ (S. 21). Die Frage, ob man „für oder gegen Makro-Wachstum“ eintreten sollte, sei nämlich zweitrangig. Wachstum scheint vielmehr stets gut zu sein, solange es nur „qualitativ“ bestimmt sei (vgl. S. 36).

<sup>7</sup> VR2, der ebenfalls für ein „qualitatives Wachstum“ plädiert, wirft andererseits die „viel tiefer gehende Frage“ auf, „warum es dann überhaupt eines Wachstums bedarf“. Diese Frage hält VR2 offenbar für offen.

Offenbar gilt das BIP-Wachstum bzw. der Prozess, der es generiert, selbst in seinem Kern als neutral bzw. als an sich unbedenklich, wenn nicht als erstrebenswert.<sup>8</sup> Aus der Fülle der Einkommenszuwächse und der erweiterten marktökonomischen Verfügungschancen – dies bedeutet ja BIP-Wachstum – müsste man nur die richtigen Bereiche „selektieren“, so dass die Wirtschaft weiterhin wächst, dabei aber „weniger Energie, Rohstoffe und Lebensfreude verschwendet“, „weniger Emissionen und Abfälle abgestossen“ und „weniger Armut, Ungleichheit und Lebenssorge erzeugt“ werden (Arnsperger 2014a, S. 7).<sup>9</sup>

Auch einige der befragten ABS-Akteure sehen das Problem nicht im Wachstum (oder grundlegender im Wachstumsmotor) an und für sich, sondern in seiner fehlenden Qualifizierung. „Rein quantitatives Wachstum ist fragwürdig“, findet MA1. Daraus folgt für MA1 allerdings keine Abkehr vom Wachstum, sondern eine Abkehr von einem blinden Wachstum und eine Hinwendung zur Frage nach der „Qualität des Wachstums“. (Selbstverständlich ist auch ein „qualitatives Wachstum“ ein quantitatives Wachstum, sonst wäre es eben kein Wachstum.) Dies bedeutet nicht, dass Wachstum an und für sich nach Ansicht von MA1 unbedingt wünschenswert wäre. Er anerkennt, dass „die Ressourcen begrenzt sind“ und das Wachstum „rein materiell“ in einer endlichen Welt irgendwann an eine Grenze stossen muss. Doch werde das Finden einer Grenze durch die „menschliche Innovationskraft“, durch den Willen und die „menschliche Urfähigkeit“ zur „Verbesserung“ und zum „Optimieren“, konterkariert. „Das Wachstum ist systemimmanent. Null-Wachstum kann man lange postulieren. Es geht nicht.“ Der Ausweg und die Hoffnung von MA1 ist, „dass die menschliche Intelligenz“ dann wenigstens „zu intelligenteren Lösungen“ führen möge, d.h. zu einem „qualitativen Wachstum“. Auch MA3 möchte keine Abkehr vom Wachstum. Es bedürfe lediglich der Abkehr von der Ausübung „externer Effekte“. Wenn diese „internalisiert“ seien, stehe einem weiteren Wachstum an sich nichts im Wege.

<sup>8</sup> Entsprechend votiert Arnsperger (2013, S. 5) für das Recht auf Nutzenmaximierung, wobei er statt von Nutzen von „Lebensfreude“ oder „Selbstverwirklichung“ spricht. „Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf die höchst möglichen Mittel seiner eigenen Selbstverwirklichung.“ (Hvh. d. V.) Dies bedeute, dass diesen Mitteln der Nutzensteigerung „im Voraus keine Grenzen“ gesetzt werden dürfen. „Können mehr Mittel hergestellt werden, ... dann sollen sie auch hergestellt werden.“ Einzige (ethische?) Bedingung ist, dass es bei der Mittelherstellung und Verwendung keine „Probleme gibt“. Sollte es zu „Problemen“ kommen, scheint die Verfügbarmachung und Nutzung dieser „Mittel“ allerdings ohnehin nicht „möglich“, jedenfalls für den Einzelnen nicht nützlich „möglich“ zu sein. Vgl. zur Kritik einer solchen Ethik bzw. Rechtfertigung von Nutzenmaximierung, die genuinen Gerechtigkeitsfragen nicht Rechnung tragen kann, Thielmann 1996, S. 101 ff. sowie knapp 2015a. – Kurz zusammengefasst: Wenn alle nur an die Steigerung ihrer „Lebensfreude“ dächten, gäbe es niemanden mehr, der danach fragt, wie die Rechte anderer, die dabei möglicherweise auf der Strecke bleiben, gewahrt werden können.

<sup>9</sup> Der Hinweis auf die „Verschwendung“ von „Lebensfreude“ erstaunt, da damit ein ökonomistisches Verständnis impliziert ist. Sie wird damit zu einem Mittel zum Zwecke nützlichen Einsatzes – wofür auch immer –, werde derzeit aber ineffizient (bzw. „verschwenderisch“) eingesetzt. Diesem Denken ist die Idee des Eigenwerts von „Lebensfreude“ bzw. des Prozessierens des Lebens in der Zeit um seiner selbst willen entgegzustellen.

## 2.3 Rebound-Effekte statt Entkopplung

Wenn wir uns hier auf die ökologische Dimension des Problems konzentrieren, so basiert die Idee eines qualitativen oder grünen Wachstums auf der Entkopplung des Ressourcen- und Energieverbrauchs und ebenso der die Ökosysteme belastenden Abfälle und Emissionen von der Produktausbringung bzw. vom Verbrauch. Ein Zuwachs an Wirtschaftsleistung wäre dann, so die Idee, ökologisch unschädlich. Dabei muss allerdings die relative Entkopplung des Naturverbrauchs pro Wertschöpfungseinheit, die „Ökoeffizienz“ des Wachstums also, so hoch sein, dass sie das BIP-Wachstum überkompensiert, so dass eine absolute Entkopplung stattfindet (Paech 2014, S. 71 ff.; Jackson 2011, S. 81 ff.). Trotz erheblicher, aber selbst hier nur teilweiser Fortschritte bei der Ökoeffizienz, etwa bei der Energieeffizienz und der Emissionsintensität pro monetär gemessener Wertschöpfungseinheit, steigen der Naturverbrauch und die Naturbelastungen jedoch absolut weiterhin an. Der CO<sub>2</sub>-Verbrauch beispielsweise steigt absolut nach wie vor, wenn auch leicht langsamer als das Welt-BIP (Jackson 2011, S. 85).<sup>10</sup>

Dies ist kein Zufall, sondern ist auf systematische, in der Logik wettbewerblicher (und darum auf Wachstum drängende) Märkte liegende Ursachen zurückzuführen. Es handelt sich um so genannte „Rebound-Effekte“ der Steigerung der Ökoeffizienz.<sup>11</sup> Diese führen dazu, dass „das Eingesparte nicht bewahrt“, sondern für die Mehrproduktion eingesetzt wird (Linz 2016, S. 4). Da die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz nämlich mit einer Senkung des relativen Ressourceneinsatzes verbunden ist, Ressourcen aber Geld kosten, sinken auch die relativen Kosten dieses Einsatzes. Man spart also Geld. Und was macht man damit? Man kauft mehr. Man kauft sich etwa ein grösseres Auto oder fährt weitere Strecken und gibt trotzdem insgesamt nicht mehr für Treibstoff aus. Der Mehrverbrauch oder jedenfalls die gesamthafte Nichtsenkung des Verbrauchs kann sich auch darin äussern, dass andere nun mehr verbrauchen. So machte der Wechsel von der Kohlefadenlampe zur Wolframwendel-Glühlampe, die bei gleicher Lichtausbeute nur 25 Prozent an Energie verbraucht, elektrisches Licht Anfang des 20. Jahrhunderts überhaupt erst für breite Bevölkerungskreise erschwinglich (sog. Jevons Paradoxon).<sup>12</sup> Niko Paech (2012, S. 87) hebt hervor, dass „grüne“ Energien oftmals bloss eine „Addition“ zu den vormals bestehenden und häufig eben weiterhin genutzten nichtnachhaltigen Energiegewinnungsprozessen bilden. Und auch VR1 fragt, ob durch den Einsatz von Photovoltaik insgesamt „überhaupt weniger Energie verbraucht“ werde.

Die Hartnäckigkeit des Rebound-Effekts ergibt sich daraus, dass gerade durch die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs an einen Ort die eingesparten und damit in der Regel günstiger verfügbaren Ressourcen woanders nur umso mehr genutzt werden können und vermutlich genutzt werden. Wenn beispielsweise der

<sup>10</sup> Die Klimaschutzziele des Kyoto-Protokolls wurden, jedenfalls mit Blick auf die Welt als Ganzes, krachend verfehlt. Anvisiert war eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 5,2 Prozent gegenüber 1990 bis zum Jahre 2012. Tatsächlich haben die Emissionen im Jahre 2014 gegenüber 1990 um 30 Prozent zugenommen. Dehmer (2015).

<sup>11</sup> „Rebound“ heisst Rückprall oder Rückstoss; der Rebound-Effekt wird gelegentlich auch „Bumerangeffekt“ genannt. Vgl. zur Kritik an der Entkopplungsthese Paech 2014, S. 71 ff., Jackson 2011, S. 81 ff., Poppe 2013.

<sup>12</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Rebound\\_%28%C3%96konomie%29#Beispiele](https://de.wikipedia.org/wiki/Rebound_%28%C3%96konomie%29#Beispiele)

Absatz von Elektroautos der Marke Tesla steigt – ein Unternehmen, dessen Titel im Anlageuniversum der ABS enthalten sind –, vorausgesetzt, der Strom kommt weitgehend aus regenerativen Quellen, also insgesamt durch die Nutzung dieser Fahrzeuge weniger fossile Brennstoffe verbraucht werden, dann würden die dadurch frei werdenden fossilen Brennstoffe billiger und damit an anderer Stelle höchstwahrscheinlich vermehrt genutzt. Oder: Wenn Deutschland durch die Energiewende weniger fossile Brennstoffe verbraucht, dann „ermöglicht“ diese „Nachfrageminderung“ „den Amerikanern, ... noch größere SUVs zu fahren, als sie es ohnehin schon tun, und die Chinesen dürfen ihren CO<sub>2</sub>-intensiven Wachstumsprozess sogar noch beschleunigen“. (Sinn 2008, S. 11; vgl. auch Poppe, S. 30) Man muss hierbei nicht nur an die Endverbraucher denken, die nun mehr verbrauchen können, sondern auch an Unternehmen, die durch die Senkung der Produktionskosten auch mehr produzieren, ohne dass die Preise steigen müssen. Die bislang durch die relative Entkopplung des Energieverbrauchs von der Ausbringungsmenge erzielte „Kostensparnis wurde genutzt, um die Warenproduktion auszudehnen, sodass der gesamte Energieverbrauch zunahm“. (Herrmann 2014, S. 243, Hvh. d. V.) Schlimmstenfalls mündet die relative Entkopplung in eine absolute Zunahme des Ressourcenverbrauchs (wie bei den oben genannten Leuchten) und damit auch der korrespondierenden Belastungen der Ökosysteme, was „Backfire“ genannt wird (Enquete-Kommission 2013, S. 436, 658).

Die Rebound-Kritik am grünen Wachstum setzt zumeist an der Nachfrage an, der Nachfrage der Verbraucher ebenso wie der Unternehmen. Möglicherweise liegt jedoch im Angebot, genauer: im Wettbewerb zwischen Anbietern, Produzierenden, Beschäftigten, die stärkste Kraft, die Bemühungen zur Steigerung der Ressourceneffizienz zu konterkarieren. Dabei ergibt sich die Bedeutung des Angebots bzw. der Produktion schon daraus, dass die Verbraucher ja bereits über ein Einkommen und mithin über Kaufkraft verfügen müssen, um durch ihr Konsumverhalten das Ökosystem gleichsam ein weiteres Mal zu übernutzen. Der Ressourcenverbrauch lässt sich nämlich als eine beinahe notwendige Antwort auf die „Menschheitstragödie der Konkurrenz“ (Simmel 1900, S. 237 f.) begreifen.<sup>13</sup> Die „nächstliegende Antwort“ auf den Druck des Wettbewerbs ist „die Ablenkung des Kampfes gegen den Mitmenschen in den Kampf gegen die Natur“.

Innerhalb des reinen (Markt-)„Kampfes“ bzw. des Austausches von Mensch zu Mensch würde man sich auf dem Felde reiner Dienstleistungen und d.h.: personenbezogener Dienste bewegen.<sup>14</sup> Durch personenbezogene Dienste wird man allerdings kaum eine drohende oder bereits eingetretene Einkommensschwäche kompensieren können. Personenbezogene Dienste mögen zwar wunderbare ökologische Eigenschaften aufweisen, weil sie sich weitgehend dematerialisiert vollziehen, doch kann man damit kaum Geld verdienen, weil es hier kaum real-

<sup>13</sup> Simmel verortet die Konkurrenz bzw. den Wettbewerb offenbar in einer „Natur des Menschen“. Demgegenüber wird der Wettbewerb hier als unausweichlicher Bestandteil einer Marktwirtschaft angenommen, der allerdings mehr oder minder stark ausgebildet sein kann. Marktwirtschaft bedeutet, dass stets Wettbewerb besteht. Dieser aber muss nicht schrankenlos sein, wiewohl die gegenwärtige Entwicklung genau in diese Richtung weist.

<sup>14</sup> Die „Essenz“ von Dienstleistungen ist ihre „persönliche Natur“. Es handelt sich im einfachsten Fall um eine „direkte Beziehung zwischen Bedienstetem und Bedientem“, ohne die Vermittlung von „Dingen“. (Gershuny 1977, S. 111).

wirtschaftliche Tauschvorteile gibt. „Die Armen“ finden kein Auskommen, „indem sie die Wäsche für andere Arme machen“.<sup>15</sup> Eine Dienstleistungswirtschaft wäre eine Dienstbotenwirtschaft, weil sich nur Reiche personenbezogene Dienste leisten können, die Armen aber nicht wiederum deren Leistungsangebote. (Die meisten der in den volkswirtschaftlichen Statistiken als „Dienstleistungen“ klassierten Beschäftigungen sind ausgelagerte oder komplementär notwendige Tätigkeiten der Industrieproduktion.) Eben darum wäre es im Übrigen auch keine wachsende Wirtschaft.<sup>16</sup> Nach Simmel kann man hingegen nur reüssieren, „in dem man weitere Substanzen und Kräfte aus dem noch unokkupierten Vorrat der Natur in die menschlichen Nutznießungen hineinzieht“. Dafür erhalten die Anbieter Einkommen, mit denen sie Dinge kaufen können, die andere Produzenten, die ihrerseits die Kräfte der Natur „okkupiert“ und nutzbringend verarbeitet haben, anbieten. Erst durch diese technische, hochgradig arbeitsteilig und marktförmig organisierte Aneignung der Natur und ihrer Kräfte entsteht der allgemeine Konsumgüterwohlstand. Energetisch spielen hierbei die fossilen Brennstoffe, die gut 80 Prozent der genutzten Primärenergie ausmachen,<sup>17</sup> eine entscheidende Rolle.<sup>18</sup>

Dieser Zwang zur „Okkupation“ von Ressourcen und natürlichen Energiequellen kann etwa in folgender Weise zu Rebound-Effekten führen: Die zunehmende Ressourcenknappheit („Peak Everything“) oder auch eine gezielte politische Regulierung führt zunächst zu einem Preisanstieg bei Energien und Ressourcen. Dieser Preisanstieg bildet den Anlass für die Steigerung der Ressourceneffizienz. Er kann aber auch durch eine Ausweitung der Fördermengen zu kompensieren versucht werden. So hat u.a. die Gewinnung von Schiefergas vermittels Fracking die Energiepreise global fallen lassen – und den USA eine gewisse Reindustrialisierung beschert (Steltzner 2014). Somit können amerikanische Firmen im In- oder Ausland mehr werthaltige Produkte anbieten und der Wettbewerbsschwäche entkommen.

Auch der Umstand, dass die Schweiz 60 Prozent der Umweltbelastungen, die dem Konsum innerhalb des Landes zugerechnet werden können, importiert, so

<sup>15</sup> Vgl. auch für das Folgende Gershuny 2000, S. 37 ff.

<sup>16</sup> Zu diesem Ergebnis gelangt auch Jackson (2011, S. 136 ff., 199). In dynamischer Betrachtung lässt sich hier die „Baumol’sche Kostenkrankheit“ ins Feld führen (Baumol 2012): Die Industrieproduktion erlaubt die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Einsatz von Technik. Dienstleister wie etwa Pfleger können aber nicht schneller pflegen (auch wenn der Druck dahin geht, es gibt aber sicher absolute Grenzen), und der Dirigent kann nicht nur, er soll auch nicht schneller dirigieren.

<sup>17</sup> [www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52741/primaerenergieversorgung](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52741/primaerenergieversorgung).

<sup>18</sup> Die Bedeutung fossiler Energie für die Wohlstandserzeugung einer „kapitalistischen“ Marktwirtschaft erkannte bereits Max Weber (1904/1905, S. 203, Hvh. d. V.): Der „mächtige Kosmos der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschineller Produktion gebundenen Wirtschaftsordnung“ bestimmt „heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden ..., mit überwältigendem Zwange“ – und wird ihn „vielleicht bestimmen, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist“. Die energetische Bedeutung der fossilen Brennstoffe (damals noch fast ausschliesslich in Form von Kohle) für den allgemeinen Wohlstand erkannte bereits früh auch Jevons (1865, S. 5): „Coal in truth stands not beside but entirely above all other commodities. It is the material energy of the country – the universal aid – the factor in everything we do. With coal almost any feat is possible or easy; without it we are thrown back into the laborious poverty of early times.“

dass diese im Ausland anfallen (BAFU 2011), lässt sich als Ausdruck anbieterseitig erzeugter Rebound-Effekte deuten. Die Schweiz verfügt über eine hochkompetitive Volkswirtschaft, die etwa ein Drittel ihres BIP durch Exporte von hochwertigen Gütern und Dienstleistungen im Ausland erzielt (Pharmaprodukte, Maschinen, Uhren, Privatbanken), einen Aussenhandelsüberschuss von etwa 5 Prozent des BIP erwirtschaftet und darum sehr wohlhabend ist. Sie kann es sich leisten, von allzu „schmutziger“ und energiefressender Produktion abzulassen, und hat etwa bezüglich des Endenergieverbrauchs eine relative und beinahe absolute Entkopplung vom BIP-Wachstum hinbekommen (Bundesrat 2015, S. 42), wobei auch geographische Gründe (Wasserkraft) eine Rolle spielen. Man könnte hier, jedenfalls mit Blick auf die Energie, beinahe von einem „grünen“ Wachstum sprechen. Dies gilt allerdings nur für die im Inland hergestellten und zugleich verbrauchten Waren. Der Primärenergieaufwand, der erforderlich ist, um all die Dinge zu produzieren, die innerhalb der Schweiz verbraucht werden (sei es für den Konsum oder für die Exportproduktion), fällt nämlich fast ausschliesslich, zu beinahe unglaublichen 95 Prozent, im Ausland an und speist sich überdies aus zumeist nicht-regenerativen Quellen (ebd.).<sup>19</sup> Einerseits lässt sich dies aus konsumtiver Perspektive so deuten, dass die Umweltbelastungen – trotz im Inland gesteigerter Energieeffizienz – ins Ausland verlagert werden.<sup>20</sup> Doch warum können sich die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten dies leisten? Dass der Güterwohlstand, jedenfalls gegenwärtig, gesamthaft wesentlich auf fossiler Energie beruht,<sup>21</sup> bedeutet nicht, dass diejenigen, die diese für die Produktion einsetzen, die höchsten Einkommen erzielen. Offenbar bleibt vielen derjenigen, die ihre Produkte in die Schweiz exportieren, also dort verkaufen möchten, gar nichts anderes übrig, als natürliche Ressourcen, und hier vor allem fossile Brennstoffe, für ihre Produktion zu „okkupieren“ (Simmel), da sie ansonsten kaum lukrative Angebote unterbreiten könnten. Jedenfalls müssen einige Anbieter, letztlich Beschäftigte der globalisierten Wirtschaft, die im Wettbewerb unter Druck geraten, auf die Ausbeutung von Naturressourcen zurückgreifen, weil das globale Gesamtsystem der Wohlstandsproduktion auf dieser Ausbeutung energetisch und materiell basiert. Und wenn dieses Gesamtsystem wachsen soll und wachsen muss, weil sonst die im Wettbewerb Verdrängten arbeits- und einkommenslos blieben, muss irgendwo der Ressourcenverbrauch „additiv“ (Paech) steigen, auch wenn diese Ressourcen selbst ökologisch effizienter eingesetzt werden als zuvor.<sup>22</sup>

Durch welche verschlungenen Pfade auch immer sich die „der Eingebung teilweise widersprechende Dynamik“ der Rebound-Effekte (Jackson 2011, S. 108) bemerkbar macht, und sogar auch ganz ohne Rebound-Effekte: Wenn die Emissionsziele des Weltklimarates eingehalten werden sollen (Zwei-Grad-Ziel) und die Wirtschaft weiter so wächst wie bislang, dann müsste die Kohlenstoffintensität des BIP, die heute 768 CO<sub>2</sub> pro in Dollar gemessener Wertschöpfungseinheit beträgt,

<sup>19</sup> Ähnlich verhält es sich im weitgehend deindustrialisierten Grossbritannien. Vgl. Jackson 2011, S. 137.

<sup>20</sup> Vgl. zur Verlagerungsthese auch Jackson 2011, S. 86.

<sup>21</sup> Die „Produktionsmächtigkeit“ der Energie spielt gemäss Santarius (2014, S. 113) eine „Schlüsselrolle im Wachstumsprozess“ und wird etwa für Deutschland auf 38 Prozent des BIP veranschlagt.

<sup>22</sup> Vgl. zum Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Wachstum Thielemann (2010, S. 357 ff.), andeutungsweise Jackson (2011, S. 107).

im Jahre 2050 auf mindestens 36 CO<sub>2</sub>/\$ sinken, d.h. um das Einundzwanzigfache oder um 7 Prozent im Jahr oder zehn Mal schneller als derzeit durch Massnahmen der Steigerung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien. Dies ist einfach „unvorstellbar“ (Jackson 2011, 35, 93).<sup>23</sup> Mit Niko Paech (2014, S. 97) zusammengefasst: „Unter den Bedingungen eines beständigen Wirtschaftswachstums ist es unmöglich, die Ökosphäre absolut zu entlasten. Unter den Bedingungen einer absoluten Entlastung der Ökosphäre ist es unmöglich, ein beständiges Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten.“

### 3. Die ABS als Postwachstumsunternehmen?

Unter der Annahme, dass das BIP-Wachstum früher oder später an ein Ende kommen muss bzw. soll, weil die Überschreitung der ökologischen Tragfähigkeit unseres Planeten nicht hinnehmbar ist, wird innerhalb der Postwachstumsdiskussion jüngst die Frage aufgeworfen, welchen Beitrag Unternehmen, also einzelwirtschaftliche Akteure, beim Übergang in eine Postwachstumswirtschaft leisten könnten. So geht Daniel Deimling (2015, S. 3), einer der Pioniere dieser Forschungsrichtung, von der plausiblen These aus, dass „alle Bemühungen um eine Wachstumsrücknahme wirkungslos bleiben, solange der Expansionsdrang der Einzelwirtschaft ungebrochen ist“. Daher werden Unternehmen aufgefordert, sich selbst zu „Postwachstumsunternehmen“ oder „wachstumsneutralen“ Unternehmen zu wandeln, indem sie ihren „Wachstumsdrang“ zügeln.<sup>24</sup>

Sollte die ABS tatsächlich aufhören zu wachsen oder gar schrumpfen, um durch ihre Geschäftstätigkeit nicht zum übermässigen Ressourcenverbrauch beizutragen und so als „Postwachstumspionier“ ein Vorbild für andere Unternehmen zu sein? Dies ist, wie wir sehen werden, eine abwegige und sinnlose Vorstellung.

Allerdings könnten jüngere Bemühungen, „das Wachstum der Neugelder zu bremsen“ (ABS 2015b, S. 9), auf den ersten Blick in diese Richtung deuten. Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass der Zustrom weiterer Einlagen verringert werden sollte.<sup>25</sup> Dies allerdings hat wenig mit der Entwicklung der ABS hin zu einem „Postwachstumsunternehmen“ zu tun (so auch MA4), sondern mit dem nach wie vor bestehenden und sogar weiter wachsenden Passivüberhang, der seit Januar 2015 die Bank wegen der Negativzinsen der auf den Konten der SNB brachliegenden liquiden Mittel Geld kostet. Durch die Weitergabe dieser Zinsen an die Kundschaft wurde dieses Problem weitgehend gelöst, so dass der nicht etwa ge-

<sup>23</sup> Andere Klimaforscher, die zu ähnlichen, im Kollegenkreis kaum bestrittenen Schlussfolgerungen gelangen, sind zuweilen „erschrocken über die radikalen Implikationen ihrer eigenen Forschung“. Wenn die wissenschaftsbasierten Emissionsziele eingehalten werden sollen, so sei dies etwa gemäss den Forschern Kevin Anderson und Alice Bowis-Lakin nur möglich durch „radikale und unverzüglich in Angriff zu nehmende Strategien der Wachstumsrücknahme“, jedenfalls „in den USA, der EU und anderen wohlhabenden Staaten“. Vgl. Klein (2014, S. 86 ff.).

<sup>24</sup> Vgl. hierzu auch die Beiträge im Heft 1/2013 der Zeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“, Posse 2015a/b, Liesen/Dietsche/Gebauer 2013 sowie Paech 2014, S. 131 ff. Im Blog Postwachstum gibt es seit Neuestem eine Rubrik „Unternehmen“ ([www.postwachstum.de/category/schwerpunktthemen/unternehmen](http://www.postwachstum.de/category/schwerpunktthemen/unternehmen)).

<sup>25</sup> Vgl. auch Rindlisbacher 2015 sowie bereits Ethikkontrollstelle 2015, S. 15.

bremste, sondern weiter anhaltende Zuwachs an Neugeldern mit Blick auf die Kostensituation unschädlich ist.

Hier zeigt sich eher, in welcher Dimension die ABS sinnvoller wachsen sollte.<sup>26</sup> Bis vor einigen Jahren hat man darunter vor allem Bilanzsummenwachstum verstanden. Davon hat man sich nun gelöst, was MA1 als einen Fortschritt wertet. MA2 ist der Ansicht, dass die ABS nur in dem Umfang Passivgelder annehmen sollte, wie sie auch „sinnvolle Kredite vergeben kann“. Nun, da die Einlegerinnen und Einleger auch Negativzinsen akzeptieren, kann sie auch mit einer weiteren Überliquidität leben. Dies allerdings ist eher ein symbolisches Wachstum, ggf. ein Potenzial für bessere Zeiten, aber nicht Ausdruck des Wachstums, welches die ABS anstrebt.

### 3.1 Klein, aber fein - und modellhaft?

Könnte es denn eine Option sein, dass die ABS, etwa was Bilanzsumme, aber auch Umfang der Ausleihungen und Anzahl der Mitarbeitenden betrifft, klein bleibt oder sogar schrumpft, dafür aber nur „Leuchtturmprojekte“ (GL) finanziert, also nur Kredite für sozial und ökologisch besonders herausragende Projekte vergibt? Diese Frage betrifft die Sinnbestimmung der ABS. Die ABS möchte als Bank „zum Übergang zu einer solidarischeren, nachhaltigeren Wirtschaft beitragen“ (Arnsperger 2014a, S. 7). Dazu kommen im Prinzip zwei Strategien in Frage: einerseits die Erhöhung des sog. „Impacts“, also der sozialen und ökologischen Wirkkraft durch die Kreditvergabe (und das Anlagegeschäft), andererseits die öffentliche „Sichtbarkeit“ und „Modellhaftigkeit“ (GL) der ABS, um durch das „Vorleben“ eines „alternativen Weges neue Denkanstösse zu geben“ (MA3).<sup>27</sup>

Klar ist, dass beide Seiten nicht gegeneinander ausgespielt werden können (Ethikkontrollstelle 2010, S. 20 ff.). Doch ist es im Prinzip denkbar, dass die Seite der Geschäftstätigkeit weniger stark wächst oder gar nicht mehr wächst und dafür die Seite der Modellhaftigkeit an Ausstrahlungskraft gewinnt, die Bank also stärker symbolisch statt materiell wächst. Sie würde dann davon Abstand nehmen – und hat davon bereits ein Stück weit Abstand genommen –, ein „quantitatives Wachstum der Bilanzsumme“ voranzutreiben oder zuzulassen, was damit begründet wurde, dass „wir ja ein Vorbild sein wollen“ (MA1). Ein materielles (Bilanzsummen-)Wachstum ist nämlich für die Erfüllung der Vorbildfunktion gar nicht so ohne weiteres notwendig. Ohnehin ist die ABS „eine kleine Bank. Die gesamte Kreditsumme, die in der Schweiz hin und her geschoben wird, können wir nur wenig beeinflussen. Vielleicht wäre es daher mindestens so wichtig, als Vorbild zu wachsen und mit sozialen und ökologischen Innovationen im Bankbereich auf uns aufmerksam zu machen.“ (MA2) Ähnlich gibt VR1 zu bedenken, dass es doch – offenbar: für die symbolische Wirkkraft – keine Rolle spielt, „ob wir nun eine Bilanzsumme von 1,5 oder von 5 Mrd. Franken haben“. Darum sei die ABS ja „nicht ein dreifaches Sprachrohr“. Allerdings betont sie ausdrücklich, nicht für ein Schrumpfen der ABS zu plädieren.

GL gibt demgegenüber zu bedenken, dass, selbst mit Blick auf die Stärkung der symbolischen Wirkkraft der ABS nach aussen allein, die Bank auch in finanziel-

<sup>26</sup> Wir kommen hierauf in Abschnitt 4.1 systematisch zurück.

<sup>27</sup> Vgl. zu diesem Komplex auch bereits Ethikkontrollstelle 2010.

ler Hinsicht wachsen müsse, da die Bank sonst nicht von den Medien wahrgenommen werde. „Wenn wir grösser sind und – in der Logik nicht der Postwachstumsbefürworter, sondern der heutigen Gesellschaft – erfolgreich sind, dann nehmen uns die Medien auch stärker wahr. Es ist leider so, dass hier ein Zusammenhang besteht. Je grösser man ist, desto visibler ist man.“ Natürlich könnte man wiederum einwenden, dass es, wie GL selbst formuliert, lediglich einer „gewissen Grösse“ bedarf, um als ein dabei zugleich ethisch „glaubwürdiger“ und „origineller“ (bzw. alternativer) Akteur innerhalb der Schweizer Bankenlandschaft wahrgenommen zu werden. Wiederum andererseits könnte man hier darüber spekulieren, welche „Denkanstösse“ die ABS geben könnte, hätte sie eine Bilanzsumme wie zum Beispiel die Migros Bank (rund 40 Mrd. Franken, sie ist die achtgrösste Bank der Schweiz). Beim gegenwärtigen Bilanzsummenwachstum würde es allerdings 30 Jahre dauern, bis die ABS eine solche Grösse erreicht.

Bei der Verbreitung der ABS-Idee eines „alternativen“ Wirtschaftens muss man allerdings nicht allein an die Medienberichterstattung denken. Die Autorinnen Heike Mewes und Jana Gebauer (2015) vertreten eine Art Bewegungsansatz. Postwachstumsunternehmen verstünden sich häufig als „transformative“ Unternehmen, die „Märkte und Wirtschaftsweisen auch dann verändern, wenn sie selbst nicht wachsen wollen“. Dazu benötigten sie zwar ein „ausreichendes Gewicht“ durch ihre Geschäftstätigkeit selbst, um überhaupt über eine gewisse „System(veränderungs)relevanz“ zu verfügen. Um „Umweltwirkungen zu verbessern, Branchenstandards zu erhöhen sowie regionale Wertschöpfung, Beschäftigung und Lebensqualität zu stärken“, setzen sie jedoch darüber hinaus „auf indirekte Wege der Verbreitung über Nachahmer/innen und Weggefährter/innen“. Dabei „bringen sie sich in die Diskussion darüber ein, wie nachhaltiges Wirtschaften im Rahmen der planetaren Grenzen aussehen kann, und gestalten Veränderungsinitiativen aktiv mit“, um „mit ihren Ansätzen alternative Leitbilder für Unternehmenshandeln zu prägen“. Dieser Gedanke dürfte auch mitschwingen, wenn VR1 dafür plädiert, dass die ABS besser in einem „bestimmten Milieu verhaftet“ sein sollte.

### 3.2 Der „Wachstumswang“ der ABS

Gegen eine Abkehr vom Wachstum des Geschäftsvolumens bzw. der Erträge und letztlich der Nettowertschöpfung der ABS spricht allerdings, dass die ABS, zumindest gegenwärtig, einem Wachstumswang unterliegt. Ohne diesen könnte man überlegen, eine Art Nischenstrategie im Sinn des hier erwogenen „Kleinaberfein“ anzuvisieren. Angesichts des Passivüberhangs und auch des Wettbewerbs zwischen den Banken müsste eine solche Nische allerdings „so stark sein, dass sie praktisch unangreifbar wäre“ (VR2). Dann könne man sagen: „Ich kann klein bleiben, ich muss gar nicht wachsen. Ich bin stark genug, um zu überleben.“ Allerdings sei es „im gegenwärtigen Bankensystem so gut wie unmöglich, eine solche Nische einzunehmen“, so VR2 weiter. Da dies „die Überlebensfähigkeit der ABS viel zu stark gefährden würde“, sei dies „im heutigen Umfeld keine mögliche Strategie“.

Die ABS muss wachsen, und das bedeutet vor allem: Sie muss „möglichst viel Aktivgeschäfte buchen, um Liquidität abzubauen“ (GL).<sup>28</sup> Zwar wurde der Hauptteil der akuten Kosten, die gewissermassen für die Lagerung der brachliegenden Liquidität aufgewendet werden müssen, nun an die Einlegerinnen und Einleger weitergereicht – und dies übrigens in kluger und zugleich fairer Weise – und dieses Problem insofern bis auf Weiteres stillgestellt. Doch hatte die ABS, offenbar aus einem Wachstumsdrang heraus, um die hereinströmende Liquidität auch für das ABS-Wachstum nicht sinnlos brachliegen zu lassen bzw. zu horten, zuvor Kapazitäten aufgebaut. „Wir haben eben in die Zukunft investiert, ins Personal, ins Research usw. ... Damit wir noch mehr Geschäfte machen können, was wir ja auch wollen.“ (MA1) Damit aber wurden Kapazitäten aufgebaut, deren gestiegene Kosten durch steigende Einnahmen zu decken sind. „Tatsächlich wachsen wir, weil wir müssen, weil unsere Kostensituation gar nichts anderes zulässt.“ (VR1)

Hinzu kommt, dass laufend Altbestände von Krediten mit teilweise noch relativ hohen Aktivzinsen auslaufen, die von Kreditverträgen abgelöst werden, für die man, wegen des „knallharten Wettbewerbs“ zwischen den Banken (VR1), nur Abschlüsse zu tieferen Zinsen erreichen kann, so dass „der durchschnittliche Zinssatz durchs ganz Portefeuille hindurch immer noch abnimmt“ (MA1). Aus der gesunkenen und weiter sinkenden Zinsmarge erwächst der „Sachzwang“ (GL) zum Volumenwachstum (MA1, GL). Dies bedeutet, dass pro Bankmitarbeiterin und -mitarbeiter laufend mehr oder grössere Aktivgeschäfte abgeschlossen werden müssen, um die so genannte „Cost-Income-Ratio“ mindestens zu halten. „Wir sind dazu verdammt, das Kreditvolumen auszudehnen.“ (MA1) Denn wenn die Cost-Income-Ratio nicht mindestens gehalten werden kann, könnte die Bank irgendwann in ihrer Überlebensfähigkeit gefährdet sein (GL). „Man kann fast sagen, dass die Bank wachsen muss, um im gegenwärtigen Umfeld bestehen zu können.“ (VR2) Und dies wiederum ist definitionsgemäss nötig, „damit sie ihr Geschäftsmodell überhaupt in die Welt hinaustragen kann“ (VR2). Sich zu einem „Postwachstumsunternehmen“ zu wandeln, dies ist für die ABS bereits vor diesem Hintergrund keine Option.

## 4. Die ABS als Wachstumsunternehmen

### 4.1 Was soll wachsen?

Die ABS muss nicht nur aktivseitig weiter wachsen, sie will auch wachsen. Es besteht innerhalb der ABS ein starker Drang zum Wachstum. „Unsere Mission drängt uns zum Wachstum. Es ist Ausdruck unseres Wunsches, unsere eigenen Ziele zu erreichen, unseres Ziels, die Welt lebenswert zu machen.“ (MA2) Die ABS möchte aber nicht blind wachsen, sondern „qualitativ“. „Was wir wollen, ist, dass wir in Bezug auf die Wirkung wachsen“ (GL), in Bezug auf den so genannten „Investitionsimpact“, mit Hilfe dessen „positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht“ werden soll (GL) bzw. ein „Mehrwert für die Umwelt und

<sup>28</sup> Vgl. zum Problem des Passivüberhangs bereits die Ethikkontrollstelle 2013, S. 17 f. und 2015, S. 13.

die Gesellschaft generiert“ werden soll (ABS 2015, S. 6).<sup>29</sup> Ein Wachstum, welches solcherart Beiträge zum „Gemeinwohl“ leistet, wird als „ethisch vertretbar“ betrachtet (Nussbaumer/Rohner 2014).

Damit wird klar, welche finanzielle Kennzahl gemeint ist oder gemeint sein müsste, wenn die ABS bzw. ihre Akteure vom „Wachstum“ sprechen. Wenn vorrangig der „Impact“ wachsen soll,<sup>30</sup> dann korrespondiert damit zunächst die finanzielle Kennzahl der Ausleihungen. Es seien diese, die „hoffentlich“ wachsen sollen und damit der „daran gekoppelte Impact“ (MA2).<sup>31</sup> „An erster Stelle soll der Impact wachsen, der in direktem Zusammenhang zu den Ausleihungen zu sehen ist. Alles andere ist untergeordnet oder eine Konsequenz desselben.“ (VR2) Es ist also nicht die Bilanzsumme, die wachsen soll. Dies, weil die Einlagen in Zeiten des Anlagenotstandes und des Übersparens zu guten Teilen gehortet werden müssen und, wenn sie auch das Potenzial für die Ausleihungen und damit für den „Impact“ bergen, tendenziell einen blossen Kostenfaktor bilden.<sup>32</sup> Ein Wachstum der Bilanzsumme ist also nicht unbedingt ein Erfolgsausweis.<sup>33</sup> Denn die Ausleihungen bilden den Flaschenhals – für den Impact. „Auf der Kreditseite sind wir voll am Anschlag.“ (MA1) Insofern bildet „die Kreditseite“ zwar nicht „die Grenze des Wachstums“, wie MA1 meint, denn es wäre ja zu fragen: eine Grenze von welcher normativen Zielgrösse? Der Bilanzsumme als Zielwert? Das Volumen der Ausleihungen zu erhöhen, bildet vielmehr eine „Herausforderung“ (MA4).

Alles Übrige ist dann „eine Gleichgewichtsfrage“ (MA1). So muss das Eigenkapital wachsen, um das Vergabepotenzial der Einlagen kreditär auszuschöpfen und um hierfür ein hinreichendes Mass an Risikofähigkeit zu haben. Und das benötigte Eigenkapital seinerseits dürfte dann nur wachsen, wenn auch der Gesamtumfang der Dividenden wächst, weil ansonsten zu wenige Aktien gezeichnet werden dürften. Natürlich müssen die Erträge mitwachsen, und zwar ohne dass die Kosten stärker mitwachsen, also muss der Jahresgewinn wachsen, schon allein um das finanzielle Gleichgewicht zu wahren.

<sup>29</sup> Vgl. zum Mehrwertkonzept auch ABS 2014b, S. 6; Rindlisbacher 2014. Der möglicherweise etwas gar geschichtsvergessene Begriff, der auch von anderen Sozialbanken wie etwa GLS und Triodos im gleichen Sinne verwendet wird, stellt nicht etwa auf das Marx'sche Mehrwertkonzept ab, dem zufolge ja die einen den anderen Wertschöpfungsanteile ungerechtfertigterweise vorenthalten, sondern der eigenen Intention nach und in klärungsbedürftiger Weise eher das Gegenteil. Kritische Distanz zum Begriff „Mehrwert“ markiert etwa VR1. Man mache sich zu wenig Gedanken darüber, was der Begriff bedeute und in welchen Zusammenhängen er gebraucht werde. Sie hält seine Verwendung innerhalb der ABS für „höchst problematisch“.

<sup>30</sup> Vgl. zum Begriff des „Impacts“ bereits Ethikkontrollstelle 2014, S. 7 f.

<sup>31</sup> Mit Blick auf das Asset-Management sind es die Depoteinlagen, die „primär wachsen sollen“ (MA3). VR2 möchte eine solche Parallelität allerdings nicht herstellen. Vgl. zur Problematik Ethikkontrollstelle 2014.

<sup>32</sup> Vgl. zum Anlagenotstand bereits Ethikkontrollstelle 2014, S. 29 ff.

<sup>33</sup> Eine Abkehr vom Bilanzsummenwachstum und eine Hinwendung zum Wachstum der Ausleihungen (und der Depotvolumina) wird im Geschäftsbericht 2014 (ABS 2015, S. 9) vollzogen, indem erklärt wird, das „oberste Ziel“ der ABS sei, „das Wachstum von Spargeldern, Kreditvolumen und Aktienkapital besser aufeinander abzustimmen“. Primär ins Auge gefasst wird hierbei ein Wachstum „im Kreditgeschäft als auch im Ausserbilanzgeschäft“ und nur subsidiär ein „Bremsen“ des Zustroms an Neugeldern.

### Exkurs: „Impactmaximierung“ statt Gewinnmaximierung?

Es wäre allerdings ein Fehler, all die übrigen finanziellen Kennzahlen (hinter denen Einkommen anderer stehen) zu einem blossen Mittel der Steigerung des Ausleihvolumens und, da die Kredite nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten vergeben werden, damit des „Impacts“ herabzustufen. So fordert MA2 zwar, ebenso wie MA1, ein „gleichgewichtiges“, ein „organisches Wachstum“ der verschiedenen Kennzahlen, so dass sie alle „in ihrer Höhe optimal aufeinander abgestimmt wären“. Doch was heisst „optimal“? Es bedeutet gemäss MA2, dass diese Kennzahlen „alle in demjenigen Verhältnis wachsen, das es braucht, um das Maximum an Ausleihungen zu tätigen, um unsere Wirkung zu maximieren“. Im gleichen Sinne fordert Christian Arnsperger (2013, S. 7; 2014a, S. 24) eine Ausrichtung der ABS am Prinzip so genannter „Sinnmaximierung“ bzw., damit gleichbedeutend, der „Impactmaximierung“; diese habe an die Stelle herkömmlicher Gewinnmaximierung zu treten.

Im alten Leitbild, das diesbezüglich klarer formuliert ist als das aktuelle, traten die „ethischen Grundsätze“ der ABS „an die Stelle von Profitmaximierung“ (ABS 2005, S. 2).<sup>34</sup> Dies bedeutet nicht, dass ein anderer Maximand, etwa „Ethik“, was immer dies bedeuten könnte, den bisherigen Maximand „Profit“ ersetzt, sondern dass die Legitimität und Verantwortbarkeit den „Profit“ als Massgabe des eigenen Handelns ablöst. Der Vorrang der Ethik bedeutet eine Abkehr vom Maximierungsdenken, welches nichts anderes ist als die allgemeine Erfolgs- und Durchsetzungsrationale, für die der Name Homo oeconomicus steht.

Jede „Maximierung“ benennt einen bedingungslosen Steigerungsimperativ – von was auch immer. Alles Erdenkliche wird, logisch zu Ende gedacht, zu einem Mittel dieser Steigerung – hier: der Ausleihungen und Depotvolumina und über diese des „Impacts“ bzw. des „Mehrwerts“. Man könnte sich jetzt überlegen, was dies für die ABS konkret bedeutet, wobei sich auch die Frage stellt, wer hier wen zum Mittel macht, um alles daranzusetzen, dass der „Impact“ maximiert wird. Der Verwaltungsrat die Bank, d.h. deren Mitarbeitende inkl. Geschäftsleitung? Die Geschäftsleitung die Mitarbeitenden und die Kundinnen und Kunden, sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite? Die Aktionärinnen und Aktionäre wiederum die Bank mit all ihren Sozialbeziehungen? Oder umgekehrt Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung die Aktionäre?

GL sieht den Unterschied zwischen ABS und UBS – pars pro toto für konventionelle Banken – darin, dass „bei der ABS die Bank Mittel zum Zweck ist, bei der UBS ist die Bank der Zweck“. Eher verhält es sich umgekehrt. Für einen Aktionär oder eine Aktionärin, die oder der, wie die ökonomische Standardökonomie voraussetzt, keine Rendite kennt, die zu hoch ausfallen könnte, sind die Unternehmen, deren Aktien sie kaufen oder wieder verkaufen, mit all ihren Akteuren und Interaktionsverhältnissen nichts als ein austauschbares Mittel ihrer unstillbaren Renditewünsche. Sie verbindet nichts mit dem Unternehmen. Sie interessiert allein dessen Fähigkeit, eine bestimmte „Wirkung“ zu erreichen, nämlich die höchstmögliche Rendite zu erzielen. Gleiches gilt, mutatis mutandis, für die Boniritter.

<sup>34</sup> Vgl. hierzu bereits Ethikkontrollstelle 2012, S. 20, FN 27.

Die Alternative, mit der wir es hier zu tun haben, ist nicht die zwischen „Mittel“ und „Zweck“ bzw. „Selbstzweck“. (GL: „Wir betreiben die Bank nicht als Selbstzweck, sondern als Instrument.“) Sondern die zwischen einem erfolgsstrategischen und einem moralischen Verständnis des (Bank-)Geschäfts.<sup>35</sup> In diesem kommt es darauf an, ob die Interaktionsverhältnisse, in denen man steht oder in die man sich stellt, gerecht, fair und verantwortbar (ggf. solidarisch) ausgestaltet sind. Dies bedeutet die Anerkennung von Eigenwertigkeiten und letztlich der moralischen Rechte anderer um ihrer selbst willen – und nicht um ihrer Beiträge zur möglichst „maximalen“ Erfüllung vorgegebener Zielsetzungen willen, mögen diese „Gewinn“ oder „Impact“ heissen. Die ABS als eine „ethische“ Bank<sup>36</sup> zeichnet sich letztlich, wie andere Sozialunternehmen auch, durch dieses, letztlich kommunikativ-ethische statt erfolgsstrategische Grundverständnis aus. Nur in einem erfolgsstrategischen Verständnis – dessen Verbreitung Signum unseres Zeitalters des Ökonomismus ist – stellt sich allein die Alternative zwischen einem Handlungsfeld (als welches auch Unternehmen zu begreifen sind) als einem „Mittel“ oder, in pejorativer Bedeutung, als „Selbstzweck“, was bedeutet: als sinnlos, da nicht zweckdienlich bzw. unnütz.<sup>37</sup>

Ist die ABS Selbstzweck? Ja, vielleicht. Auch. Aber das ist doch gar nicht die Frage. Und die Alternative dazu ist nicht: Wenn sie es nicht ist bzw. sein soll, weil dies ja doch sinnlos, Verschwendung von Energien wäre, dann muss sie Mittel sein. Die Alternative ist vielmehr, mit welchem Verständnis die Akteure der ABS in ihren je verschiedenen Rollen und Funktionen ans Werk gehen. Und dass dieses andere Verständnis zum Rollenmodell wird.

Innerlich konsequent zu Ende gedacht könnte „Impactmaximierung“ etwa bedeuten, dass der Druck auf die Beschäftigten erhöht wird. Faktisch ist dies zwar nicht der Fall,<sup>38</sup> aber diese Frage würde unter dem Regime einer „Impactmaximierung“ anders entschieden als dann, wenn man den Beschäftigten Rechte einräumt. Man könnte auch die Löhne senken, so dass die „Cost-Income-Ratio“ verbessert wird und die ABS mit tieferen Zinsen mehr Abschlüsse tätigen könnte – natürlich: soweit der Arbeitsmarkt dies hergibt; aber dies wäre dann der einzige Gesichtspunkt der dagegen spräche, die Löhne zu senken. Ebenso könnte man auf Anreizsteuerung umsteigen. MA3 kann aus eigener Erfahrung berichten, was

<sup>35</sup> Vgl. hierzu bereits Ethikkontrollstelle 2015, S. 21 ff.

<sup>36</sup> Streng genommen: als eine ethisch reflektierte Bank, denn was die anderen Banken tun, ist ja nicht etwa ethisch neutral.

<sup>37</sup> Auch das New Public Management, welches angetreten ist, die öffentlichen Verwaltungen zu ökonomisieren bzw. „möglichst flächendeckend marktähnliche Situationen zu schaffen“ (Kuno Schedler), möchte alles Handeln der Verwaltungen auf „Wirkungen“, also den vorgängig als Zielvorgabe bestimmten Erfolg, ausrichten und nennt sich dementsprechend in der Schweiz „Wirkungsorientierte Verwaltungsführung“. Sie begründet den angestrebten Wandel im Kern damit, dass das Verwaltungshandeln bislang vielfach „Selbstzweck der eigenen Leistungseinheit“ gewesen sei. Vgl. Thielemann 2004, S. 74 f. und die dort angegebenen Quellen.

<sup>38</sup> MA4 findet, es sei „eigentlich nicht so, dass die Geschäftsleitung auf uns Druck ausübt“. Insoweit Druck herrsche, so seien es „eher die Mitarbeitenden, die sich selbst unter Druck setzen. Man will ja, dass die ABS Erfolg hat.“ Im Übrigen sind im Bereich Finanzieren nach Auskunft von MA1 erstmals alle Planstellen besetzt, was natürlich zur Entlastung beiträgt. Auf die sonst verbreitete (Kostensenkungs-)Strategie der Arbeitsverdichtung (Erhöhung des Arbeitsanfalls ohne Neueinstellungen oder Personalreduktion bei gleichbleibendem Arbeitsanfall) verzichtet die ABS.

dies mit den Beschäftigten anstellt,<sup>39</sup> und natürlich dient dies dem Wachstum, wenn auch bei konventionellen Banken nicht des „Impacts“, sondern der Rendite bzw. des Shareholder-Value. Dass die Beraterinnen und Berater bei der ABS nicht durch Boni gesteuert sind, so dass sie die Kundschaft so beraten können, wie es für sie „am besten ist“ und für sie „eine gute Anlageentscheidung“ getroffen wird (MA3), dürfte der „Impactmaximierung“ höchstwahrscheinlich abträglich sein. Doch gehört die Art des Umgangs zwischen Bank und Kundschaft, ebenso wie der Charakter der Berufsausübung, den die ABS ihren Mitarbeitenden bietet, selbst zum „Impact“ (wenn man hier den Begriff verwenden möchte), womit klar wird, dass die Einmischung des Strebens der ABS auf eine zu maximierende Zielgrösse keinen Sinn macht.

Auch wäre es der „Impactmaximierung“ dienlich, wenn den Aktionärinnen und Aktionären gar keine Dividende zuflösse, so dass diese Mittel zur Stärkung der Bank und damit ihres Potenzials zur Steigerung der Ausleihungen zur Verfügung stünden. Wie berechtigt die Dividenden auch immer sein mögen,<sup>40</sup> dies spielte unter der Ägide der „Impactmaximierung“ keine Rolle. – Interessanterweise hält MA2 seine erfolgsstrategische Sicht nicht durch. Zwar scheinen Dividenden zunächst nur nötig zu sein, „um institutionelle Anlegerinnen und Anleger zu gewinnen, was wiederum nötig ist, um unsere Eigenkapitaldecke zu stärken“. Sodann wird jedoch nach der Berechtigung von Dividenden gefragt (und nicht bloss nach deren Zweckmässigkeit). Diesbezüglich hält MA2 Dividenden (bzw. wohl allgemeiner: leistungsfreie Kapitaleinkommen) im Prinzip für problematisch, zumal da durch sie „das Vermögen einer bestimmten Person weiter wächst“, andererseits sie es „schon gerecht, wenn diese Leute teilhaben“. Damit ist an sich genau das „organische“ (MA2) „Gleichgewicht“ (MA1) zwischen konfligierenden, im Grundsatz berechtigten Ansprüchen getroffen, auf das es ankommt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eigentlich keine operationale Kennzahl benannt werden kann, die ohne Einschränkung wachsen sollte und als „Erfolg“ verbucht werden könnte – auch nicht der „Impact“. Denn die Mittel und Wege, um dies zu erreichen, sind nicht ethisch neutral. Was den Sprachgebrauch anbelangt, so sollte die ABS in ihren Stellungnahmen eigentlich, wenn sie vom Wachstum spricht, stets benennen, von welcher Dimension des Wachstums die Rede ist. Wenn vom Wachstum die Rede ist, so wird im Folgenden davon ausgegangen, dass es um das Wachstum der Ausleihungen (und der Depotvolumina) geht, wobei mitzubedenken ist, dass andere Parameter dabei mehr oder minder proportional mitwachsen müssen, so das Eigenkapital, der Ertrag, die Anzahl Mitarbeitender, der (annahmegemäss weitgehend thesaurierte) Gewinn. Derzeit allerdings müssen nicht die Einlagen wachsen und damit auch nicht die Bilanzsumme.

Entscheidend für den Bezug zur Kritik am volkswirtschaftlichen Wachstum ist allerdings das Wachstum der Nettowertschöpfung.<sup>41</sup> Diese setzt sich zusammen aus den Zahlungen, die die ABS als Einnahmen erhält, vor allem von Kreditneh-

<sup>39</sup> „Die Berater haben ein Ziel, dieses Ziel ist mit einem Bonus verknüpft, und sie verkaufen dem Kunden alles, was es braucht, um dieses Ziel zu erreichen.“ MA3.

<sup>40</sup> Vgl. Ethikkontrollstelle 2015, S. 7 ff., 21 ff.

<sup>41</sup> Vgl. bereits oben Fussnote 4.

merinnen und Kreditnehmern in Form von Zinszahlungen sowie von Anlegerinnen und Anlegern in Form von Kommissionen. Abzuziehen sind von diesen Einnahmen die Zahlungen, die die ABS an Externe leistet, vor allem Zinszahlungen an Einlegerinnen und Einleger, aber auch Ausgaben für Informatik, Gebäude usw. Diese Nettoeinnahmen fliessen den ABS-Beschäftigten in Form von Löhnen und den Aktionärinnen und Aktionären in Form von Dividenden zu, oder sie werden im Unternehmen einbehalten. Natürlich wächst die Nettowertschöpfung, sozusagen der „Gewinn“ der ABS als Ganzer (Mitarbeitende, Aktionariat und Bank als Institution), wenn die Ausleihungen wachsen. „Eigentlich“, d.h. von der Mission der ABS her, „sollte das Kreditvolumen wachsen, und dann wachsen die Umsätze auch“ (MA4). Die Frage, ob am Wachstum der Ausleihungen zentral sei, dass der „Impact“ wachse und überhaupt erst ermöglicht werde, bejaht MA4 und fügt an: „Und ehrlich gesagt, das bringt auch das meiste Geld für die Bank.“

Auf dieses Geld ist die ABS angewiesen, um zu funktionieren, und dahinter verbergen sich überdies legitime Ansprüche auf die Erzielung von Einkommen. Letzteres verkennt MA2, wenn er meint, dass primär „der Impact, die Wirkung“ wachsen soll, dabei aber „der Gewinn an sich nicht wachsen müsste“ bzw. sollte. Die Erzielung von Gewinnen bzw. von Überschüssen sei allerdings instrumentell notwendig bzw. durch „unsere Wachstumsstrategie“, d.h. den gewünschten Zuwachs der Ausleihungen, „bedingt“. Denn aus diesen speisten sich die Zahlungen, die etwa benötigt würden, „um unsere Infrastruktur auszubauen, die wir brauchen, um das Wachstum [der Ausleihungen] zu bewältigen“. Gleiches gelte etwa für die Reservenbildung aus thesaurierten Gewinnen, da ja hohe Eigenmittel regulatorisch notwendig seien, um „wirkungsvolle Ausleihungen tätigen zu können“. Der „Gewinn“ ist hier also lediglich ein Mittel zum Zweck, um andere dazu zu bewegen, dem Oberziel der Steigerung des „Impacts“ zu dienen. Dass die externen Anbieter, die die Infrastruktur zur Verfügung stellen, auch legitime Einkommensansprüche haben, gerät hier aus dem Blick. Konsequenterweise müsste dies für alle Zahlungen gelten, die nicht in die Ausleihungen fliessen, also auch für die Löhne, die Passivzinsen, die Dividenden. Denn je geringer diese Abflüsse, desto höher ja das Potenzial der Ausleihungen und damit der „Impact“.

## 4.2 Die Idee der Verdrängung

Wenn die ABS im soeben spezifizierten Sinne wachsen soll, ohne freilich zum „Impactmaximierer“ zu werden, wie antwortet sie dann auf die Wachstumskritiker, deren Kritik sie ja im Kern teilt? Wie soll sie (ein kleines Stück weit und vor allem exemplarisch) daran mitwirken, „der Logik der Postwachstumsgesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen“ (GL), wenn die ABS selbst wächst und durch ihre steigende Nettowertschöpfung, und sei diese auch nur instrumentell notwendig, an sich zum BIP-Wachstum beiträgt?

Die Parole, die Christian Arnsperger (2013, S. 21) dazu ausgerufen hat, lautet: „Post-Makro-Wachstum“, also das Eintreten in eine nicht mehr wachsende Wirtschaft, „heisst NICHT Null-Mikro-Wachstum überall!“ Der Übergang in eine „Post-Wachstums-Welt“ benötige nämlich Banken wie die ABS, „die immer mehr Kredite und Anlagen in die Sektoren schleusen, wo das ‚bessere Wachstum‘ stattfindet“. Wir sehen hier zunächst von der Frage ab, wie sich daraus ein volkswirt-

schaftliches Schrumpfen oder jedenfalls Nicht-mehr-Wachsen ergeben können sollte.<sup>42</sup> Jedenfalls bedeute dies, so Arnsperger weiter, „dass die ABS wachsen muss, während die klassischen Banken schrumpfen bzw. zum ABS-Geschäftsmodell übergehen. Weniger Makro-Wachstum braucht mehr ABS-Wachstum.“

Wenn wir hier zunächst allein auf das Wachstum (der Nettowertschöpfung) der ABS blicken (statt auf diejenigen, die die ABS finanziert), dann ist sofort klar, dass dies nur dann ohne weiteres BIP-Wachstum möglich ist, wenn „wir Marktanteile von anderen Playern gewinnen“ (VR2) bzw. „auf Kosten der anderen wachsen“ (VR1). MA3 spricht von „Umverteilung“, womit allerdings eher eine Umleitung finanzieller Mittel gemeint ist. Wenn vom „Wachstum der ABS“ die Rede ist, dann sei dies eigentlich „das falsche Wort. Denn wir wollen nicht aus Neugeschäften wachsen“, sondern dadurch, dass die ABS konventionellen und nicht „nachhaltigen“ Banken Marktanteile abnimmt (MA3). Auch GL plädiert für ein Wachstum der ABS „via Marktanteilsgewinne gegenüber anderen Banken“. Damit gäbe es einen Ausweg aus dem „gewissen Widerspruch“, den GL darin erblickt, dass einerseits die Sicht der Wachstumskritiker geteilt wird und „die Logik des [BIP-]Wachstums“ zu überwinden wäre, es aber andererseits widersinnig wäre, wenn dies ausgerechnet durch Sozialunternehmen wie die ABS vollzogen würde, indem diese sich in „Postwachstumsunternehmen“ verwandelten, sie also nicht mehr wüchsen oder gar schrumpften, obwohl doch das, was sie tun, „positiv für unsere Gesellschaft“ sei.

Natürlich ist ein Verdrängen herkömmlicher Banken durch die ABS oder vergleichbare Sozialbanken angesichts der Grössenverhältnisse eher eine hypothetische Versuchsanordnung,<sup>43</sup> aber auch eine solche, die Orientierung bietet und den Wachstumskurs der ABS eingedenk der Einwände der Wachstumskritiker rechtfertigen würde. Treffend erkennt GL allerdings auch, dass dieser Weg insofern keinen Ausweg aus dem BIP-Wachstum bietet, da diese anderen Banken, „sollte die ABS tatsächlich Marktanteile von ihnen gewinnen, sich konkurrenziert fühlen durch die ABS“ und gerade dadurch, um den Verlust von Marktanteilen auszugleichen, „sogar dazu angetrieben würden, noch mehr Kredite zu vergeben und damit noch mehr materielles Wachstum zu ermöglichen“. Damit ist, so jedenfalls die hier vertretene Ansicht, der eigentliche Wachstumsmotor benannt und zugleich auch die tiefere Ursache für die - eben anbieterseitige, nicht nachfrageseitige - Entstehung von Rebound-Effekten. Das „ganze System“ würde, so GL, „noch mehr angeheizt“. Welcher Ausweg aus diesem Dilemma führt, ist unklar.

<sup>42</sup> Vgl. dazu Abschnitt 5.2.

<sup>43</sup> Man könnte einmal berechnen, wie viele Jahre es dauern würde, damit die ABS bei ihrem gegenwärtigen Wachstum der UBS nur schon 10 Prozent ihrer Marktanteile abnehmen würde. Die Bilanzsumme der ABS beträgt rund 1,6 Mrd. Franken, die der UBS mehr als 1000 Mrd. Franken (jeweils Stand Ende 2014).

## 5. Die ABS als Förderer des qualitativen Wachstums - oder der Postwachstumswirtschaft?

Der Beitrag der ABS zum BIP-Wachstum erfolgt nur zu einem geringen Teil über ihre eigene Nettowertschöpfung. Er erfolgt vor allem über die Investitionen, die sie in der Realwirtschaft durch die Kredite, die sie vergibt (und ggf. durch den Wertpapierhandel, den sie vermittelt), ermöglicht. Wenn denn die ABS Beiträge hin zu einer Postwachstumswirtschaft leisten soll, dann ist es zunächst naheliegend, dass sie Postwachstumsunternehmen durch ihre Kreditvergabe fördert, also Unternehmen, die „bereit sind, auf die Herstellung und den Verkauf von ‚immer mehr‘ zu verzichten“ (Arnsperger 2014a, 7).

### 5.1 Die ABS als Finanzierer der Produktion oder des Konsums?

Zunächst ist allerdings zu fragen, inwieweit die ABS überhaupt Unternehmen finanziert. Wenn etwa im Geschäftsbericht 2014 (Nussbaumer 2015, S. 4) davon die Rede ist, die ABS sei bei ihrem Ansinnen, „eine andere“, eine „soziale und solidarische“ (und „ökologische“) Wirtschaftsweise durch ihre Geschäftstätigkeit „vorzubringen“, „auf engagierte und nachhaltige Unternehmen angewiesen“, so ist dies streng genommen nur die halbe Wahrheit. Die ABS finanziert nämlich zu wesentlichen Teilen das Wohnen bzw. „Projekte und Unternehmen“ (ebd., Hvh. d. V.). 62 Prozent der Kreditsumme fließen in den Wohnungsbau oder den Erwerb bestehender Wohnimmobilien (Stand: Mitte 2014; Schnüringer 2014). Rund ein Drittel dieser Kredite fließt an Private für ihre Wohnbedürfnisse, zwei Drittel an Wohnbauträger, zumeist Genossenschaften.

Dieses „immobilienlastige Kreditportefeuille“ (GL) der ABS ist allerdings heute in der Bankenwelt der Normalfall. Etwa 60 Prozent aller Kredite, die Banken in 17 untersuchten Ländern (darunter auch die Schweiz) vergeben, sind Hypothekarkredite (Binswanger 2015, S. 194).<sup>44</sup> Es fragt sich, welche Rolle der hohe Umfang der Kredite für Wohnbauten für die Wachstumsfrage hat. Hypothekarkredite für private Wohnbedürfnisse sind Konsumentenkredite, also „Vorgriffe auf künftiges Einkommen zu Konsumzwecken (‚vorgegessenes Brot‘)“, wenn sie auch, im Unterschied zu sonstigen Konsumentenkrediten, „sehr langfristig“ ausgerichtet sind (Grosjean 1983, S. 1135 f.).<sup>45</sup> Es handelt sich hierbei um eine reine „Fristentransformation“: Die Kreditnehmer möchten nicht erst im Pensionsalter, wenn sie die Mittel dazu angespart haben, in ihren eigenen vier Wänden wohnen, sondern bereits heute. Sie können dies allerdings nur, wenn sie aus ihrem laufenden Einkommen weniger für den sonstigen Konsum ausgeben (diese Mittel fließen stattdessen in den Kapitaldienst), und müssen überdies zusätzlich den Zinsdienst leisten und schaffen dadurch wiederum Einkommen für andere (diejenigen, denen die ABS-Nettowertschöpfung zugutekommt). Die Kreditnehmer müssen nicht, wie

<sup>44</sup> In englischsprachigen Ländern beträgt der Umfang der Hypothekarkredite an den Gesamtkrediten sogar 70 Prozent. Hudson (2014, S. 55).

<sup>45</sup> Inwieweit es sich bei Finanzierung von Wohnbauträgern um Investiv- oder um Konsumtivkredite handelt, steht auf einem anderen Blatt. Bei Wohnbaugenossenschaften spricht einiges für Letzteres.

Unternehmen, die definitionsgemäss nicht konsumieren (also auch nicht weniger konsumieren können), durch den Kredit ein zusätzliches Einkommen erwirtschaften, aus dem der Kapitaldienst gespeist und geleistet wird. Insofern dürfte sich sagen lassen, dass die ABS ob ihrer „Immobilienlastigkeit“ eher wenig zu einem BIP-Wachstum beiträgt.<sup>46</sup> Sie erhält insofern einen Wirtschaftskreislauf, der sich allerdings über sehr lange Zeiträume erstreckt. Die Konsumentinnen und Konsumenten, die nur ihr Eigenheim „konsumieren“, hätten ansonsten mit ihrem Einkommen einfach andere Konsumbedürfnisse befriedigt.<sup>47</sup> Wachsen muss eine Volkswirtschaft darum nicht. – Für die folgenden Überlegungen sehen wir von diesen Zusammenhängen ab und blicken auf die ABS als einen Unternehmensfinanzierer.

## 5.2 Die ABS als Förderer der Postwachstumswirtschaft?

Eine mögliche Rechtfertigung des ABS-Wachstums eingedenk der Wachstumskritik bestünde darin, dass sie wachsen soll, gerade um mehr wachstumsneutrale Unternehmen zu finanzieren. So sieht MA2 eine Steigerung des „Impacts“ vor allem dann als gegeben an, wenn die ABS ihre Ausleihungen „möglichst in Unternehmen lenkt, die postwachstumsorientiert sind“. Ebenso sieht MA4 den Sinn der ABS vor allem darin, „da zu sein, um denjenigen Leuten, die eine neue Art des Wirtschaftens wollen, die eine Postwachstumswirtschaft betreiben wollen, zu helfen und sie zu finanzieren“.

Wenn man Postwachstumsunternehmen dadurch definiert, dass sie „auf Expansion verzichten“, ihre Nettowertschöpfung also nicht ausweiten, „und damit zu einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbegrenzung beitragen“ (Deimling 2015, S. 114), stellt sich die Frage, ob sie überhaupt einen Finanzierungsbedarf haben. Zumindest auf den ersten Blick erscheint es als geradezu widersinnig für eine Bank, auch für eine Sozialbank, ein Unternehmen zu fördern, welches nicht wächst. Denn woher sonst als aus dem Wachstum der Nettowertschöpfung des Unternehmens sollte der Rückfluss finanziert, der Kapitaldienst also geleistet werden können?

Bieten Erhaltungsinvestitionen einen Ausweg? Diese sind definitionsgemäss darauf angelegt, die bestehende Nettowertschöpfung eines Unternehmens aufrechtzuerhalten, aber nicht zu erweitern. Dann allerdings fragt sich, aus welchen Zahlungsströmen der Kapitaldienst geleistet werden sollte. Würde über kurz oder lang das Unternehmen nicht finanziell ausgeblutet?

<sup>46</sup> Anders verhielte es sich übrigens, wenn die Nehmer des Hypothekarkredites sich durch die Kreditaufnahme veranlasst sähen, ihre Einkommenserzielungsanstrengungen zu steigern.

<sup>47</sup> Da sie ja nun einmal irgendwo wohnen müssen, tritt im Falle des Wohnens zur Miete der Mietzins funktional an die Stelle des Zinsdienstes.

Dies muss allerdings nicht unbedingt der Fall sein.<sup>48</sup> Wenn die ABS einen Kredit vergibt, der vielleicht zunächst der Erweiterung dient und die Nettowertschöpfung des Unternehmens erhöht (und damit höchstwahrscheinlich zum BIP-Wachstum beiträgt),<sup>49</sup> dann werden damit in der Regel Produktionskapazitäten aufgebaut, die irgendwann veralten. Mit dem Zeitablauf wird der Zyklus schliesslich an sein Ende gelangen, und wir gehen davon aus, dass dem Unternehmen der Kapitaldienst innerhalb des Zyklus gelungen ist (und die ABS keine Abschreiber hatte!). Wenn nun ein neuer Kredit aufgenommen wird, der den alten ersetzt, um die bestehenden Produktionskapazitäten zu erhalten oder auch auf den neusten Stand zu bringen, damit die Wertschöpfungskraft des Unternehmens erhalten bleibt, dann ist dieses Unternehmen, wenn alles gut läuft, in der Lage, den Kapitaldienst aus der weiterlaufenden Wertschöpfung genauso zu leisten wie im Falle des ursprünglichen Kredits, der der Erweiterung diente und nun gewissermassen lediglich prolongiert wird. Das betrachtete Unternehmen kann sich also zu einem „wachstumsneutralen“ Unternehmen gewandelt haben und gleichwohl der Fremdfinanzierung dauerhaft bedürfen.

Allerdings müsste auch die ABS dadurch nicht weiter wachsen. Sie müsste den neuen Kredit, der lediglich der Erhaltung dient, aus dem Kapitaldienst, der ihr vom fraglichen Unternehmen in den Jahren zuvor zugeflossen ist, im Prinzip bestreiten können. Und sogleich stellt sich die Frage, warum sich das Unternehmen überhaupt in die Abhängigkeit einer Bank begibt.<sup>50</sup> Es müsste ja nur eine Zeitlang ein wenig über den Kapitaldienst hinaus verdienen, daraus Rücklagen bilden und könnte dann seinen Bedarf an Erhaltungsinvestitionen selbst finanzieren.<sup>51</sup>

Von daher ist es eher fraglich, ob die Finanzierung von Postwachstumsunternehmen bzw. von Erhaltungsinvestitionen (einschliesslich Veränderungsinvestiti-

<sup>48</sup> Ich danke Thomas Grädel für einige wertvolle Hinweise zu dieser Frage.

<sup>49</sup> Höchstwahrscheinlich, weil die Wirtschaft erst dann wächst, wenn es denjenigen Anbietern, die durch die Steigerung der Nettowertschöpfung des fraglichen Unternehmens unter Druck geraten sind, gelingt, ihren Einkommensverlust durch Mehrproduktion (des gleichen oder eines andersartigen Angebots) auszugleichen. Vgl. Thielemann 2012, S. 42 ff.

<sup>50</sup> Vgl. etwa den Bericht eines Unternehmers, der nicht mehr wachsen möchte, unter anderem weil er die „Belastungen“ überwinden wollte, die mit der „Abhängigkeit von einer Bank“ verbunden waren. Vgl. Gebauer/Mewes/Dietsche 2015, S. 8.

<sup>51</sup> Aufs Ganze gesehen haben etablierte Unternehmen heute keinen Fremdfinanzierungsbedarf mehr, sondern finanzieren ihre Produktionskapazitäten aus thesaurierten Gewinnen. Mehr noch, Unternehmen sind von Schuldnern zu Gläubigern geworden. Vgl. Thielemann 2015 und die dort angegebenen Quellen. Vgl. auch Hudson (2014, S. 51): „Today most corporate direct investment is financed out of internally generated earnings, not bank loans.“ Dies sei ein generelles Muster, welches nur unterbrochen wurde von einer Industriefinanzierung durch Banken ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Kontinentaleuropa, vor allem Deutschland und Frankreich, jedenfalls nicht in der angelsächsischen Welt (S. 40 ff.). Hätten Banken traditionellerweise vor allem den Export fremdfinanziert, so finanzierten sie heute vorrangig Immobilien und hier vor allem den Kauf bereits bestehender Immobilien (S. 115 f., 198, 304, 455). Unberücksichtigt bleibt bei diesen Überlegungen allerdings die kreditäre Finanzierung laufender Kosten (statt des Anlagevermögens), für die Unternehmen sehr wohl einen Fremdfinanzierungsbedarf haben. Vgl. Keen (2012, S. 310). Mit Blick auf das Anlagevermögen haben auch Corporate Raider einen Fremdfinanzierungsbedarf – nämlich für die „unfreundliche“ Unternehmensübernahme auf Kredit (Hudson 2014, S. 147 ff., 421 f., 505).

onen höherer ökologischer Qualität, ohne dabei freilich auf die Steigerung der Nettowertschöpfung ausgerichtet zu sein) ein systematisches Betätigungsfeld der ABS bilden kann. Dies korrespondiert mit gegenwärtigen Untersuchungen über nicht wachsende Unternehmen, die im Übrigen verbreiteter sind, als man vielleicht annehmen könnte. „Jenseits großer öffentlicher Aufmerksamkeit gibt es tausende Unternehmen, die nicht mehr wachsen und trotzdem nicht zugrunde gehen. Jeder kennt solche Unternehmen. Die Metzgerei von nebenan könnte dazugehören, der örtliche Gärtnereibetrieb oder der Heizungsinstallateur.“ (Knauß 2015) Unter Finanzierungsgesichtspunkten lässt sich ihr gemeinsamer Nenner darin erblicken, dass diese Unternehmen in der Regel keinen externen Finanzierungsbedarf haben. Ihren Bedarf an Ersatzinvestitionen decken sie aus der eigenen Wertschöpfung. Insofern ist es nur konsequent, wenn Knauß festhält: „Die Postwachstumswirtschaft hat nicht weniger als die Entmachtung des Finanzsektors und die Enttäuschung der Renditeerwartung der Investoren – von Warren Buffet bis zum kleinen Sparer – zur Bedingung.“ Dies gilt auch für die bescheideneren Renditeansprüche einer Sozialbank. Allenfalls könnte die ABS mit Gründungskrediten einem Postwachstumsunternehmen auf den Weg helfen und es ggf. weiter auf seinem Weg innerhalb der Kreislaufwirtschaft, in der es sich bewegt, begleiten. Mit dem Gründungskredit selbst würde die ABS übrigens zum BIP-Wachstum zunächst einmal beitragen.

### 5.3 Die ABS als Förderer des „besseren“ Wachstums?

Die ABS und das Wachstum des BIP, zu dem die ABS weniger selbst als durch ihre Kreditvergabe (wenn auch sehr marginal) beiträgt, scheinen Geschwister zu sein. Dies liegt grundlegend weniger am Spezifikum der ABS, sondern daran, dass sie eine Bank ist.<sup>52</sup> Überdies will die ABS nicht bloss den bestehenden Kreislauf erhalten, sondern ihn verändern, und das kann sie nur, wenn sie diejenigen, die sie finanziert, stärkt, also wachsen lässt. Überdies lässt sich ja auch die Frage stellen, ob das Problem im Wachstum liegt oder eher im Zustand bzw. in der mangelnden Qualität des bestehenden Wirtschaftskreislaufs, der ja, jeweils rückblickend nach einem Wachstumsjahr von 1-2 Prozent betrachtet, etwa 98-99 Prozent des Wirtschaftens ausmacht.

So antwortet etwa MA3 auf den Rebound-Einwand, pars pro toto: „Es ist besser, man fährt ein mit nachhaltiger Elektrizität [die die ABS ihrer Anlagekundschaft empfiehlt] statt mit Benzin betriebenes Auto.“ Die ABS möchte, so MA4, dazu beitragen, dass Unternehmen, die „weniger Druck auf die Natur“ ausüben, wie etwa solche aus der Biolandwirtschaft oder der Photovoltaik, „wachsen und mehr produzieren“.

<sup>52</sup> Eine knappe Überlegung könnte diese im Folgenden dessen ungeachtet weiterverfolgte These allerdings relativieren. Wenn die Wirtschaft pro Jahr um etwa 1-2 Prozent wächst, befinden sich die übrigen 98-99 Prozent im Kreislaufmodus. Es ist ziemlich unplausibel, dass die Banken, die selbst übrigens 10 Prozent zum BIP beitragen (oder von diesem abschöpfen?), nur für diese 2 Prozent zuständig sein sollten. Eine mögliche Erklärung könnte darin zu erblicken sein, dass sie überwiegend den Konsum vorfinanzieren und damit weniger zum Wachstum beitragen als vielmehr lediglich dazu, dass die Kapitalquote steigt.

Wie sehr die ABS auf Wachstum ausgerichtet ist und ihrer Mission nach ausgerichtet sein muss, zeigt etwa ein Blick auf die Werbung der ABS zur Zeichnung von Aktien.<sup>53</sup> „Kaufen Sie ABS-Aktien, und ermöglichen Sie eine sozialere und ökologischere Wirtschaft und Gesellschaft.“ Doch wäre weniger „Wirtschaft“, ein geringerer Umfang wirtschaftlicher Aktivität also, nicht „sozialer“ (darüber liesse sich natürlich streiten) und „ökologischer“? Weiter heisst es: „Das Aktienkapital bildet das Fundament, auf dem die Bank ihre Kredite vergibt. Je stärker dieses Fundament ist, desto mehr sinnvolle Projekte und Unternehmen kann sie finanzieren.“ Wie sollte die ABS dazu aufrufen können, weniger (natürlich: in sich „sinnvolle“) „Projekte und Unternehmen“ zu finanzieren oder auch nur: die gleichen wie im letzten Jahr oder andere, aber im gleichen Umfang?

Die Wirtschaft soll ja umgebaut werden. Vor allem ökologisch.<sup>54</sup> Auch der Wachstumskritiker Tim Jackson (2011, S. 120, 144 ff., 180 f., 197, 238) plädiert für mehr „ökologische Investitionen“. „Über die kommenden 50 Jahre sind viele Investitionen nötig, um die weltweiten Energiesysteme in Richtung auf eine kohlenstoffarme Welt zu sanieren.“ Dies bedeutet übrigens nicht, dass das BIP-Wachstum als Voraussetzung für den ökologischen Umbau anzusehen ist, womöglich mit der Suggestion: je mehr Wachstum, desto besser für die Umwelt. Sondern: Der ökologische Umbau (der selbstverständlich entsprechende Rahmenbedingungen erfordert) ist selbst, zumindest in sich, ein Wachstum. Fraglich ist allerdings auch, ob es sich hierbei überhaupt um Investitionen handelt, was ja bedeuten müsste, dass es einen die hingegebenen Finanzmittel übersteigenden Rückfluss geben muss. Zum überwiegenden Teil dürfte es sich eher um eine politisch gestaltete Umleitung von Ausgaben handeln, die zuvor dem persönlichen Konsum dienten (vgl. S. 145 f.). Funktional handelt es sich insoweit um Konsumausgaben. (Dies bedeutet, diejenigen, die die kohlenstoffarmen Technologien finanzieren, „konsumieren“ diese, aber sie erhalten dafür keinen finanziellen Rückfluss.<sup>55</sup>) Insoweit es sich allerdings tatsächlich um Investitionen handelt, was im Wesentlichen durch entsprechende politische Rahmenbedingungen auf den Weg zu bringen wäre, dürften deren Renditen tiefer liegen, als es sonst möglich ist; auch dürfte ein längerer Investitionszeitraum (im Sinne von „patient investors“) erforderlich sein.

Doch schlägt dann nicht der Rebound-Effekt gnadenlos zurück, weil der Wachstumsmotor ja unverändert fortbesteht und dieser auf energiefressenden Ressourcenverbrauch nun einmal angewiesen ist? Daran ist kaum zu zweifeln. Daher (und auch aus anderen Gründen) wird die Idee der Verdrängung ins Spiel

<sup>53</sup> [www.abs.ch/aktien/#wirkungsvolle-investition](http://www.abs.ch/aktien/#wirkungsvolle-investition), Hvh. d. V.

<sup>54</sup> Was die soziale Dimension anbelangt, so wird hier die These vertreten, dass diese weniger das Ergebnis des Wachstumsmotors (also das BIP-Wachstum) als vielmehr diesen selbst und die ihm eigene Interaktionslogik betrifft. Und natürlich die Verteilungsfrage.

<sup>55</sup> Wenn Jackson (2011, S. 197) etwa formuliert, die „Investitionen“ bzw. die Ausgaben, die notwendig sind, um den ökologischen Umbau zu finanzieren, müssten „sich weg von ihrer herkömmlichen Rolle als Anreiz für Produktivitätswachstum“ bzw. für ein Wachstum der Nettowertschöpfung bewegen und „hin zu ökologischer Transformation“, dann lässt sich mit diesen „Investitionen“, selbst wenn die Investoren nur bescheidene Renditeansprüche haben, einfach kein Geld verdienen. Dann kann es sich nicht um „Investitionen“ in finanzieller Hinsicht handeln. Entsprechend geht Jackson (S. 199) davon aus, dass sich „das Wirtschaftswachstum verlangsamen würde, wenn wesentliche Ressourcen in ökologische Investitionen flössen“.

gebracht. So findet MA1, dass Unternehmen, die ihre Sache „gut“ machen, etwa im Vergleich zu anderen Material und Energie einsparen, dabei auch gute Löhne zahlen, „wachsen sollen und wachsen dürfen“. Und dann habe er „nichts dagegen, dass diejenigen Unternehmen, die das nicht so gut machen und die bislang auf Kosten der Schwächsten gewirtschaftet haben, schrumpfen zugunsten der anderen, die es gut machen“<sup>56</sup>. Die Aufgabe der ABS sieht MA1 darin, die „gut“ wirtschaftenden Unternehmen zu unterstützen. Das sieht MA2 ganz genau so. „Die ABS versucht, die Geldströme in Unternehmen umzuleiten, die weniger verschwenderisch mit den natürlichen Ressourcen umgehen.“ „Umleitung“ bedeutet dabei, dass „die Verschwenderischen schrumpfen“. Angesichts der Rebound-Kritik sei „das Wachstum der ABS insofern in Ordnung, als man es als eine Umleitung verstehen kann“. Wenn also die ABS wächst, indem sie „nachhaltig“ und verantwortungsvoll wirtschaftende Unternehmen finanziert, so dass diese ihrerseits wachsen, dabei aber die weniger „nachhaltig“ wirtschaftenden Unternehmen verdrängen, würde, so könnte man annehmen, das BIP insgesamt nicht wachsen.

Dies trifft sich mit Überlegungen aus der Diskussion um Postwachstumsunternehmen. Der ethische Grundsatz dieser auf Einzelwirtschaften fokussierten Bewegung lässt sich darin erblicken, dass, soweit die „ökologischen Grenzen bereits erreicht sind, ... einzelbetriebliches Unternehmenswachstum nur gerechtfertigt werden kann, wenn es dazu führt, dass Unternehmensstrukturen verdrängt werden, die weniger nachhaltig sind“. (Posse 2015b). Reinhard Pfriedm und Koautoren (2015) sprechen in diesem Zusammenhang von „transformativem Unternehmertum“. Es liesse sich auch von „disruptivem“ Unternehmertum sprechen, welches den Schumpeter'schen Gedanken vom Wettbewerb als „Prozess schöpferischer Zerstörung“ für den ökologischen Umbau affirmativ wendet. Das Problem sei, so Pfriedm und Koautoren (2015, S. 18), dass zwar hier und dort neue und „nachhaltigere“ Geschäftsmodelle auftauchen, also „Schöpferisches“ und „Innovatives“ geschehe. „Das Zerstörerische als Ersetzen und Verdrängen bleibt allerdings freilich häufig aus - was in der Nachhaltigkeitsdiskussion als Rebound-Effekte problematisiert wird.“

Es erscheint so als generell wünschenswert, wenn weniger „nachhaltig“ wirtschaftende Unternehmen - mitsamt ihren Beschäftigten - vom Markt verschwinden.<sup>57</sup> Nur dann würde ja das Wachstum der einen nicht zu einem gesamthaften BIP-Wachstum führen und der Rebound-Effekt, durch den das Nachhaltigere zum weniger oder nicht Nachhaltigen einfach „addiert“ (Paech) würde, vermieden. Diese Argumentation übergeht nicht nur die Frage der Legitimität des Erhalts von Einkommenspositionen, sondern verkennt auch den eigentlichen Motor des Wachstums.<sup>58</sup> Wenn „nachhaltige Angebote diejenigen, die nicht mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind, vom Markt verdrängen“ sollen (Mewes/Gebauer 2015, S. 27), was machen dann die Verdrängten? Wie Paech/Paech (2011, S. 5) treffend erkennen, werden „die Betreiber bisheriger Produktionsanlagen nicht einfach aufgeben, sondern Wege finden, im Markt zu

<sup>56</sup> MA1 votiert für dieses Schrumpfen allerdings nicht, um dem Rebound-Effekt zu entkommen, sondern stellt schlicht auf den Umstand ab, dass es besser ist, wenn es weniger „schlecht“ wirtschaftende Unternehmen gibt.

<sup>57</sup> Hier interessiert nicht, wie (un-)wahrscheinlich eine solche Verdrängung von ethisch „gut“ durch ethisch „schlecht“ wirtschaftende Unternehmen tatsächlich ist.

<sup>58</sup> Vgl. bereits oben Abschnitt 4.2 mit engerem Fokus auf Banken allein.

verbleiben“ - oder neue Märkte zu erschliessen. Das erforderliche Schrumpfen des BIP fände nicht statt, solange sich der (Verdrängungs-)Wettbewerb unbegrenzt fortentwickelt.

Die Hoffnung auf ein „qualitatives Wachstum“, welches den volkswirtschaftlichen (wettbewerblich erzeugten) Wachstumszwang als gegeben hinnimmt (oder auch ein weiteres BIP-Wachstum, das allerdings „qualitativer“ sein soll, als wünschenswert annimmt), besteht allerdings darin, dass die Verdrängten sich sodann genötigt sehen, die erzwungene Neuausrichtung ihrer Einkommensposition „nachhaltiger“ zu gestalten, so dass es zu einer „Reformation des Ganzen“ (MA1) kommt. Die „konventionell wirtschaftenden Unternehmen“ würden dann eben, wie MA4 meint, „auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise umschwenken“. <sup>59</sup> Wachsen muss die Wirtschaft dann allerdings, sie kann nicht schrumpfen oder im gleichen Umfang fortgesetzt werden, weil den Verdrängten ja ihr bisheriger Einkommensstrom weggenommen wurde, der nun den „nachhaltig“ wirtschaftenden Unternehmen zufließt. <sup>60</sup> Und die grosse Frage ist, ob eine solche Wirtschaft eine im ökologischen Sinne nachhaltige sein kann. Dies wurde oben (vgl. Abschnitt 2.3) verneint, und zwar aus letztlich energetischen und fundamentalökonomischen Gründen. Festzuhalten bleibt aber auch, dass der Umbau der Unternehmenslandschaft hin zu einem sozial und ökologisch verantwortungsvollen Wirtschaften, der Umbau der 98 Prozent sozusagen, eine wichtige Aufgabe bleibt, zu der die ABS beitragen möchte. Den Rebound-Effekt produzieren im Übrigen ja andere, jedenfalls unmittelbar.

#### **5.4 Expansion ins Ausland als Ausweg aus einer vielschichtigen Konfliktlage?**

Wenn die ABS „als Bank Beiträge für eine lebenswerte Welt“ beisteuern will (MA2), wenn sie durch ihre Geschäftstätigkeit positive „Impacts“ erzeugen möchte, und zwar mehr davon, dann muss sie nicht nur selbst wachsen, sondern auch zum Wachstum derjenigen Unternehmen, die sie finanziert, beitragen und damit zum Gesamtwachstum. Ob mit einem solchen „qualitativen“ Wachstum (natürlich vorausgesetzt: sollte dies Schule machen) der ökologische Umbau erreicht werden kann, muss wie gezeigt als fraglich gelten. Auch ist zu fragen, ob im reichen Norden überhaupt noch ein Wachstumsbedarf besteht, ob wir also immer noch mehr Güter und Dienste benötigen, zumal diese ja weder kostenlos vom Himmel

<sup>59</sup> Dies übrigens unter der Annahme der Verwirklichung des „Ideals“, dass alle Banken nach den Prinzipien der ABS wirtschaften würden, so dass nicht „nachhaltig“ wirtschaftende Unternehmen „keine Finanzierung mehr finden würden“.

<sup>60</sup> Es sei denn, die Verlierer, die ihre Einkommensposition ja nicht vollständig, sondern nur teilweise verlieren mögen, würden sich mit der Einkommensreduktion zufrieden geben, was hier allerdings als unwahrscheinlich angesehen wird, da dies für die Betroffenen zu riskant wäre. Diese Strategie mag damit vereinbar sein, dass die Betroffenen eine gewisse Zeitlang mit einem auskömmlichen Einkommen zurechtkommen. Der „ewige Sturm der schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) nötigt jedoch zur ständigen Wachsamkeit, die eigene Wettbewerbsfähigkeit laufend mindestens zu erhalten, was eine Steigerung der Anstrengungen impliziert, da der Wettbewerb die Anforderungen immer weiter nach oben schraubt. Darum ist Abstiegsangst heute eine verbreitete Stimmungslage (vgl. Bude 2014).

fallen noch in Produktion und Konsumtion ohne ökologische Nebenwirkungen sind.

Hinzu kommt die gegenwärtige „Sparschwemme“, die die tiefere Ursache für den Anlagenotstand bildet (vgl. Thielemann 2015b).<sup>61</sup> Dieses Übersparen ist nach Ansicht von MA1 vor allem in der Schweiz sehr stark ausgeprägt – und man ist geneigt zu sagen: gerade weil kein Wachstumsbedarf mehr besteht, jedenfalls bei den wohlhabenderen Schichten, weil die Wirtschaft, jedenfalls für viele, gesättigt ist. Mehr Spargelder bedeuten aber mehr Wachstumsnotwendigkeit (weil ja der Zinsdienst zusätzlich geleistet werden muss). Hierin lässt sich ein grundlegendes „Marktversagen“ reifer Volkswirtschaften erblicken: Je weniger es des Wachstums bedarf, desto mehr Wachstumsdruck ist im System vorhanden.

Das Ausmass der „Überschüsse“ und die daraus erwachsende „Menge an Spargeldern“ haben, so MA1, einen Umfang angenommen, den „die Realwirtschaft gar nicht mehr vollständig absorbieren kann“. Dies führe dazu, dass das Kreditgeschäft „nicht mehr mithalten kann mit dem Wachstum der Einlagen“. Von der Erfahrung, dass es insbesondere in der Schweiz „Geld in Hülle und Fülle“ gibt, berichten auch GL und MA4. Das Ergebnis sind Überliquidität und Anlagenotstand, nicht nur bei der ABS. Stiegen die Einlagen im Jahre 2014 um 14 Prozent respektive um 180 Millionen Franken, so „bekommen wir bei den Ausleihungen nur maximal plus 5 bis plus 10 Prozent hin respektive wir können davon nur 50 bis 100 Millionen als Kredite unterbringen“ (MA1).

Vor diesem Hintergrund der volkswirtschaftlichen Sättigung, zumindest innerhalb der Schweiz, stellt sich für MA1 die Frage, „ob wir längerfristig nicht unseren Fokus auch über die Schweiz hinaus richten müssen“. Denn in den Entwicklungs- und Schwellenländern bestehen ja noch ein Wachstumsbedarf und ein legitimes Bestreben nach einem komfortableren Leben und den Annehmlichkeiten eines Güterwohlstandes, der hierzulande schon lange selbstverständlich ist (vgl. etwa Jackson 2011, 59 f., 67). Entsprechend plädiert Christian Arnspenger (2014b, S. 30 ff.) für Wachstum im „Süden“ und eine Schrumpfung („*décroissance*“) im Norden bzw. für ein Wachstum hierzulande nur dort, wo dies vereinbar ist mit den Prinzipien des „one planet“, d.h. der ökologischen Tragfähigkeit des Planeten Erde. Dabei gilt es allerdings darauf zu achten, dass der Süden die Fehler der alten Industrieländer vermeiden und „direkt den Weg der nachhaltigen Entwicklung“ einschlagen sollte (Loske 2014; vgl. auch Jackson 2011, S. 178 f.).

Diesem Bedarf des Südens korrespondiere, so MA1, eine entsprechende Kapitalnachfrage. „Die Räume, in denen Kapital gesucht wird“, in denen sozusagen „Kapital senken“ bestünden, lägen „global gesehen ja in den Schwellenländern“. Somit könnte man sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, sollte die ABS ins Ausland expandieren: Die Überliquidität könnte verringert, der Anlagenotstand beseitigt werden. Und den Entwicklungs- und Schwellenländern würde

<sup>61</sup> Diese Sparschwemme ist empirisch schwer feststellbar. Sie korrespondiert nicht mit der gesamtwirtschaftlichen Schuldenquote (die auf globaler Ebene seit vielen Jahren bei etwa 23 Prozent des Welt-BIP verharrt), erstens weil sich die Armen bei den Sparern, den Reichen, verschulden müssen, wenn sie ihren Lebensstandard halten möchten, so dass die Sparquote der einen durch die Schuldenquote der anderen kompensiert wird; zweitens weil sich dieser Zusammenhang nicht nur innerhalb von, sondern zwischen Volkswirtschaften abspielt. Vgl. auch Pettis (2015).

dabei geholfen, einen möglichst „nachhaltigen“ und ressourcenschonenden Weg in einen ökologisch tragfähigen Wohlstand zu finden.

Aus Sicht von GL, der der Analyse „in der Theorie“ zustimmt, stünden einem solchen Auslandsengagement der ABS jedoch erhebliche Risiken gegenüber. Nicht nur wäre ein „massiver Umbau der ABS“ erforderlich, um die Auslandsgeschäfte abwickeln zu können, der „aufgrund der geringen Grösse der ABS mittelfristig unrealistisch“ wäre. Überdies würde die ABS in andere Währungsräume eintreten und hätte korrespondierende Währungsrisiken zu gewärtigen. Es wäre daher ein Experiment mit „unsicherem und ungewissem Ausgang“, weshalb GL davon zumindest auf mittlere Frist abrät. Auch müsse man „die Chancen sehen, die eben doch noch in der Schweiz vorhanden sind“.

Entgegen stünden einem Kapitalexpert von Schweizer Franken in Entwicklungs- und Schwellenländer allerdings auch makroökonomische bzw. makroethische Überlegungen.<sup>62</sup> Da der finanzielle Rückfluss aus der Investition letztlich in Schweizer Franken geleistet werden muss, wären die Länder, in die investiert wird, nicht unbedingt die Kreditnehmer unmittelbar, zum Export gezwungen. Bislang funktionierte dieses Modell so, dass die ärmeren Länder Ressourcen oder zu Niedriglöhnen produzierte Durchschnittsgüter in den reichen Norden exportieren (und dort übrigens den Druck auf die Beschäftigten erhöhen, was seinerseits zu wachsenden Einkommensdisparitäten im Norden führt), womit sie die Mittel erwirtschaften, um den Kapitalexpert leisten zu können – soweit ihnen dies gelingt, was im Misserfolgsfall zur Überschuldung bzw. zu Abschreibungen führt (oder zu den berühmten-berühmten Austeritätsprogrammen des IWF). Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der Export von Ressourcen und Arbeitsleistungen bedeutet, dass diese nicht für den Konsum im eigenen Lande zur Verfügung stehen. Natürlich exportieren diese Länder nicht allein für den Kapitalexpert (soweit sie ihre Produktion überhaupt über Kapitalimporte finanzieren), sondern auch für Importe aus dem reicheren Norden – etwa mit hoher Fertigungstiefe gefertigte Oberklasseautos, die natürlich kaum den Normalbürgern des globalen Südens zugutekommen. Hinzu kommt die ökologische Fragwürdigkeit einer solchen Strategie, für die Güter um den gesamten Globus geschickt werden müssten, was der ökologischen Idee einer möglichst regionalen Versorgung entgegensteht.

Daher plädiert der Politikwissenschaftler Reinhard Loske (2015) dafür, das im globalen Süden benötigte Wachstum der Güterfülle im Wesentlichen binnenwirtschaftlich zu organisieren, was auf ein „Abrücken vom Export- und Freihandelsmantra“ hinausläuft.<sup>63</sup> „Denn ohne einen robusten Binnenmarkt werden vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten die Verlierer sein.“ Ebenso plädiert Tim Jackson (2011, S. 59) dafür, dass „die entwickelten Länder den ärmeren Ländern Raum für Wachstum lassen“, was unter anderem bedeuten müsste, dass jene auch nicht am Wachstum des Südens durch Rückflüsse aus Investitionen partizipieren dürften. Insoweit Zahlungen aus dem Norden an den Süden fliessen sollten, um diesem beim – hoffentlich ökologisch nachhaltigen – Wachstum zu helfen, müsste es sich um Subventionen handeln, was übrigens auch im Sinne der globalen Kli-

<sup>62</sup> Vgl. hierzu bereits mit Blick auf das Anlagegeschäft Ethikkontrollstelle 2014, S. 33 f. Vgl. zu diesem „Transferproblem“ auch Hudson (2014, S. 5 f., 98, 509, 518 f.).

<sup>63</sup> Dies korrespondiert mit dem Plädoyer Hudsons (2014, S. 469), Schulden bzw. Kredite möglichst in der landeseigenen Währung zu denominieren.

magerechtigkeit wäre. Auch diese Zusammenhänge sprechen gegen ein Auslandsengagement der ABS.

## 6. Die Raison d'Être der ABS und die Wachstumsfrage

Worin besteht die Raison d'Être der ABS? Derzeit wird sie darin erblickt, durch die beiden Geschäftsbereiche Kreditgeschäft und Anlagegeschäft „Impacts“ zu erzielen, und zwar so viele „Impacts“ wie möglich, um dadurch einen möglichst hohen sozialen oder ökologischen „Mehrwert“ „für das Gemeinwohl“ zu erzeugen.

Dieser Expansionsdrang, der gelegentlich gar mit dem Begriff der „Impactmaximierung“ belegt wird, steht allerdings in Konflikt zu den Einsichten des (Post-)Wachstumsdiskurses, dessen Besorgnisse von der ABS im Kern geteilt werden. Zwar mag ein „qualitatives Wachstum“ einzelwirtschaftlich hier und dort angezeigt sein, doch steht ausser Frage, dass das Gesamtsystem, letztlich: die Weltwirtschaft, nicht weiter wachsen darf oder gar schrumpfen muss (gemessen in Einkommenswerten), wenn die ökologische Tragfähigkeit des Planeten gewahrt bleiben soll. Die Sozialverträglichkeit und die Gerechtigkeit bzw. Fairness sowohl der Verteilung der Ergebnisse, vor allem aber der Operationsweise des dynamisch immer weitere Lebensbereiche vereinnahmenden und diese ökonomisierenden wettbewerblichen Motors der Wachstumsproduktion sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Sollte die ABS also von ihrem Expansionsdrang ablassen, sich auf die Erhaltung des Bestehenden konzentrieren, um ja kein weiteres BIP-Wachstum anzuregen? Dies ist die Logik des Postwachstumsunternehmertums. Wenn es alle machen, hätten wir die Kreislaufwirtschaft, und das „Wachstumsdilemma“ (Jackson 2011, S. 66 ff., S. 136), welches darin besteht, dass wir wachsen müssen, um ökonomisch nicht unterzugehen, aber nicht weiter wachsen dürfen oder gar schrumpfen müssen, da ansonsten die ökologische Tragfähigkeit des Planeten zerstört würde, wäre gelöst. Dieses Dilemma würde so allerdings eher geliegt.<sup>64</sup>

Abgesehen davon besteht ja auch ein Bedarf nach einem in sozialer und ökologischer Hinsicht „qualitativ“ besseren bzw. verantwortungsvolleren Umbau des bestehenden Kreislaufs der Wirtschaft – und nicht bloss des BIP-Extras im nächsten Jahr, weshalb der Begriff eines „qualitativen Wachstums“ in die falsche Richtung weist. Und zwar ist dieser Umbau, mit Blick auf die ökologische Dimension, letztlich allein darum notwendig, weil ja nach wie vor gewirtschaftet und (Konsum-)Wohlstand erzeugt werden soll – aber eben mit weniger Ressourcenverbrauch und Naturbelastung. Die ökologische Tragfähigkeit könnte ja sofort hergestellt werden – wenn wir aufhören zu wirtschaften oder auch schon, wenn wir entsprechend weniger produzieren und konsumieren. Dies allerdings hätte katastrophale Folgen für das wirtschaftliche Wohlergehen anderer und führte zu einer Abwärts-

<sup>64</sup> Wir kommen hierauf sogleich zurück.

spirale, worin das volkswirtschaftliche „Wachstumsdilemma“ ja gerade besteht (vgl. Jackson 2011, S. 79 f.; Herrmann 2015, S. 8).<sup>65</sup>

Dass dieser soziale und ökologische Umbau, an dem die ABS mitwirken möchte, über Verdrängungs- und Rebound-Effekte wiederum das Wachstum befeuern und damit auch den Ressourcenverbrauch antreiben dürfte, ist denjenigen, die den Umbau vorantreiben, nicht anzulasten. Das ist überhaupt keine Frage, die Einzelne allein bewältigen könnten!

## **6.1 Die Grenzen der Individual- und Unternehmensethik für den nötigen Umbau der Wirtschaft**

Der Eindruck, dass der nötige Wandel je individuell bewältigt werden könnte, wird allerdings häufig erzeugt. Dies gilt für einige Advokaten des Postwachstumsunternehmertums mit Blick auf die Wachstumsfrage (das Wachstumsdilemma), für die ABS vor allem mit Blick auf die Umbaufrage: Wenn nur alle so wie die ABS und wie die von ihr unter der Bedingung der Einhaltung sozialer und ökologischer Grundsätze finanzierten Unternehmen wirtschafteten, wäre, so die Annahme, der Umbau erreicht.

Diese rein individual- bzw. unternehmensethische Vision des Umbaus scheint hinter dem Drang, „Wirkungen“ zu erzeugen und den „Impact“ zu steigern, zu stehen. So empfiehlt Christian Arnsperger (2013, Hvh. d. V.) der ABS (oder beschreibt er die gegenwärtige ABS?) die Ausrichtung an diversen Steigerungsimperativen. Es gelte, den „stärkst möglichen Impact“ zu erzeugen, natürlich: „innerhalb des notwendigen Gewinns“; die „Summe ökologischer und sozialer ‚Emissionen‘“ sei „so stark wie möglich“ zu „reduzieren“. Die Mottos, die Arnsperger der ABS empfiehlt, lauten: „Wirkung steigern, Bilanz vergrössern“ (natürlich auch: „kritisch reflektieren“, damit man weiss, ob es auch die richtigen „Wirkungen“ sind, was Arnsperger „qualitative Kohärenz“ nennt); „mehr Kundengelder, mehr Kapital, mehr Anlagedepots“, „mehr Kredite“, „mehr Anlagen“. „So viel tun, wie wir können.“

Nun lässt sich hiergegen nicht nur einwenden, dass dieser Imperativ höchstmöglicher Steigerung und Expansion (natürlich stets: soweit denn die „Qualität“ stimmt) mindestens in einer Spannung, wenn nicht im Widerspruch steht zur Idee der ABS als einer „ethischen“ Bank.<sup>66</sup> Auch ist festzuhalten, dass es selbstverständlich ein legitimes Anliegen ist, seine Arbeit (als Banker) „gut“ zu machen, d.h., verantwortungsvoll zu wirtschaften, hierbei durchaus auch Impulse für ein „anderes Wirtschaften“ zu geben, ohne gleich daranzugehen, dass es morgen von diesem Wirtschaften immer noch mehr gibt, weil ja alles andere blosser „Selbstzweck“ sei. Wenn in früheren Berichten davon die Rede war, dass sich die Sinnbestimmung

<sup>65</sup> Dieser makroökonomische Wachstumszwang ergibt sich übrigens nicht aus den Gewinninteressen der Investoren, wie Herrmann mit Binswanger meint, denn diese lassen sich als normale Kreislaufeinkommen begreifen wie andere „Faktoreinkommen“ auch, sondern daraus, dass die Ausgaben der einen die Einnahmen der anderen sind. Wenn jene wegbrechen (weil man sein Einkommen aus ökologischen Gründen freiwillig reduziert), dann fehlen dem Nächsten im Kreislauf die gewohnten Einnahmen, die wiederum Ausgaben bilden, die zuvor regelmässig anderen zugeflossen sind, aber nun fehlen würden, usw. usf.

<sup>66</sup> Vgl. hierzu bereits den Exkurs in Abschnitt 4.1.

der ABS nicht darauf beschränkt, etwas zu vermeiden, nämlich sich, wenn man schon Banking betreibt, „die Finger schmutzig zu machen“,<sup>67</sup> dann verwies diese, zugegebenermassen leicht despektierliche Redewendung zunächst auf den Sinnhorizont der ABS, der letztlich ein übergreifender, ein gesellschaftspolitischer sein muss und kein selbstgenügsamer sein kann. Dies kann allerdings nicht bedeuten, dass die ABS – oder auch viele ABSse, einschliesslich der Unternehmen, die sie finanziert – diese gesellschaftspolitische Aufgabe (via Expansion) sozusagen selbst in die Hand nimmt.

Dies scheint allerdings Christian Arnsperger (2013) anzunehmen. Die selbst gestellte Frage, ob sich aus dem Nachkommen des Imperativs der „quantitativ konsequenten“ Steigerung „qualitativ kohärent“ bestimmter Normvorgaben „das ... Bild einer alternativen Wirtschaftswelt ergibt“, und mehr noch: nicht nur dieses Bild, sondern diese selbst, wird offenbar im Prinzip bejaht. Jedenfalls sind keine systematischen Einwände dagegen in den Ausführungen ersichtlich.

Eine solche rein individualethische (bzw. unternehmensethische) Konzeption der Veränderung des grossen Ganzen ist allerdings abwegig, und zwar aus systematischen Gründen. Wenn es sich so verhielte, könnte auf die rechtssetzende Kraft einer (selbstverständlich demokratischen) Politik der Regulierung und Gestaltung des Wirtschaftens verzichtet werden. Diese ist allerdings notwendig, und zwar systematisch nicht, weil die Verantwortungsvollen die Verantwortungslosen zum im Ergebnis verantwortungsvollen Verhalten zwingen müssten, sondern weil die moralische Verbindlichkeit der Einsicht aller Einzelnen in grossräumigen gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen (wie dem Marktnexus) zu schwach ist. Wir alle würden uns hoffnungslos überfordern, würden wir uns nicht den Rechtsstaat etablieren als unser Instrument zur Beseitigung dieser Überforderung.<sup>68</sup> Hinzu kommt, dass auch eine öffentliche politische Willensbildung notwendig ist, um zu klären, worin denn die „Qualität“ des Wirtschaftens im Einzelnen besteht.

Für Arnsperger (2013) ist das Fehlen einer „internationalen und gesetzlich bindenden Koordinations-Instanz“<sup>69</sup> nur Anlass, noch mehr „Impacts“ zu erzeugen bzw. „das Meiste zu tun, was wir können“ – und nicht etwa ein politisches Verständnis des eigenen Tuns auszubilden und so ordnungspolitische Mitverantwortung zu erwägen, um die Rahmenbedingungen zu verändern bzw. den Ordnungsrahmen zu stärken.<sup>70</sup> Dass staatliche Politik und Regulierung notwendig sind für den sozialen und ökologischen Umbau, zeigt sich ja exemplarisch bereits darin, dass die ABS zum ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft selbstverständlich nur beitragen kann, was sich innerhalb der Grenzen der Erzielung eines natürlich nicht maximalen, aber doch ausreichenden Gewinns bewegt. Und

<sup>67</sup> Vgl. Ethikkontrollstelle 2007, S. 3 ff.; 2010, S. 4 f.; 2012, S. 3.

<sup>68</sup> Vgl. zur insofern liberalen Begründung des Rechtsstaates bereits Ethikkontrollstelle 2015, S. 35 f. und die dort angegebene Literatur. Vgl. etwa auch Fellhauer 1994, S. 88: „Die Notwendigkeit der Makroethik [der Regulierung] ergibt sich dort, wo es zu einer mikroethischen Überforderung des einzelnen kommt.“ Und dazu kommt es, weil sich niemand sicher sein kann, dass die jeweils anderen die Lasten der Verantwortung ebenfalls auf sich nehmen würden.

<sup>69</sup> Diese fehlt übrigens nicht einfach – es gibt die UNO, es gibt Klimakonferenzen, gerade (Dezember 2015) findet eine historische in Paris statt –, sondern ist nur unzureichend ausgebildet.

<sup>70</sup> Vgl. zur systematischen Rolle ordnungspolitischer Mitverantwortung bereits Ethikkontrollstelle 2013, S. 4 f., 32 ff.; 2015, S. 37 f. und die dort angegebene Literatur.

da diese Grenzen für den erforderlichen Umbau viel zu eng sind, sind sie regulatorisch zu verändern und werden auch laufend regulatorisch verändert. Ohne energiepolitische Massnahmen wie die kostendeckende Einspeisevergütung hätte die ABS kaum 141 Millionen Franken an Krediten im Bereich Erneuerbare Energien vergeben können, was immerhin 13 Prozent der Kreditsumme entspricht (Stand 2014). Die Erzeugung entsprechender „Impacts“ wurde regulatorisch überhaupt erst ermöglicht.

Die politische Ausrichtung der ABS wurde bereits mehrfach thematisiert mit dem Tenor, dass es selbstverständlich schwierige Abwägungsfragen und auch Kapazitätsfragen sind, die einer aktiveren politischen Rolle der ABS entgegenstehen könnten.<sup>71</sup> Diese Option allein sollte allerdings Anlass genug sein, den falschen Eindruck zu vermeiden, ein ökologischer und sozialer Umbau sei allein unternehmens- bzw. individualethisch durch die Erzeugung von immer mehr „Impacts“ erreichbar. Überdies ist dieses Verständnis selbst ja nun auch eine politische Botschaft, nämlich des Verzichts auf Regulierung. Im Übrigen lässt sich die Teilnahme am politischen Prozess, im Grossen wie im Kleinen, nicht als „Bewirkung“ von Vorgaben begreifen.

Von einigen der Befragten wird ein Mangel an politischer Positionierung und Auseinandersetzung beklagt. MA2 sieht die Gefahr, dass „am Ende nur noch solche Leute da sind, die fachlich gute Arbeit leisten wollen“, aber kein Interesse mehr haben an „politischer Auseinandersetzung“. Er hält es für fraglich, „ob sich das Modell ABS dann noch lange halten kann“. Wenn die ABS nicht nur Beiträge für den sozialen und ökologischen Umbau leisten soll (gleichsam finanztechnisch, wenn auch unter einschränkenden bzw. orientierenden Bedingungen), sondern auch für eine „Entwicklung hin zu einer Postwachstumsgesellschaft“, komme sie nicht umhin, so VR2, auch auf „der politischen Ebene eine Rolle wahrzunehmen“.<sup>72</sup> Auch VR1 erinnert an den „politischen Anspruch“ der ABS, der schliesslich auch im Leitbild verankert sei und auf dessen Basis die „Wachstumsfixiertheit in unserer Gesellschaft“ hinterfragt werden müsse. Stattdessen werde gesagt, dass die Bank ja bereits durch ihre Geschäftstätigkeit „daran mitarbeite, dass sich diese Gesellschaft in eine Postwachstumsgesellschaft entwickelt“. Offenbar wird hier ein allzu technisches, also apolitisches Verständnis der Beiträge der ABS, sei es für den Umbau oder den Übergang zu einer Postwachstumswirtschaft (so die ABS hier eine Aufgabe hat), beklagt.

## 6.2 Spannungen zwischen Expansionsdrang und dem Geist der ABS

Auch der Strang des Wirkens durch die Ausstrahlung der Modellhaftigkeit der Bank<sup>73</sup> lässt sich nicht als Erzeugung von „Wirkungen“ oder als Generierung von „Mehrwerten“ begreifen. Eher ist es ein Adressieren anderer, ein „Anbieten“ und „Vorleben“, ein Geben von „Denkanstössen“ (MA3). Es ist ja ohnehin abwegig, dass der Bankenwinzling ABS durch seine Geschäftstätigkeit nennenswerte Bei-

<sup>71</sup> Vgl. Ethikkontrollstelle 2010, S. 5, 9 f., 24; 2015, S. 37 f.

<sup>72</sup> Dies übrigens, weil VR2 den Wachstumstreiber in einer „Gesellschaftsdynamik des Konsums“ verortet (eine Erklärung, die hier nicht so ohne weiteres geteilt wird, vgl. oben Abschnitt 2.3), die ausserhalb der Reichweite der ABS liegt.

<sup>73</sup> Vgl. bereits oben Abschnitt 3.1.

träge für den Umbau des Ganzen erwirken könnte, was an sich allen klar ist. Auch sollte aus den obigen Ausführungen zur Notwendigkeit rechtsstaatlicher Regulierung klar geworden sein, dass auch der Strang „Modellhaftigkeit“, der sich auch als „Stärkung“ eines „anderen Bank- und Wirtschaftsverständnisses“ (Nussbaumer 2015, S. 5, Hvh. d. V.) auf breiter Front fassen lässt, nicht hinreicht für den Umbau hin zu einer verantwortungsvolleren und „nachhaltigeren“ Wirtschaft. Insofern trifft es nicht zu, dass die ABS ihr „Ziel erreicht hat, wenn dieses Wirtschaftsverständnis Schule macht“ (MA3, Hvh. d. V.). Insofern es allerdings darum geht, zur Verbreitung eines anderen Wirtschaftsverständnisses bzw. einer anderen Wirtschaftskultur beizutragen, gilt, dass die ABS „gar nicht unbedingt grösser werden“ muss (MA3).

Dies alles zusammengenommen wirft die Frage auf, ob ein stärkerer Fokus auf die Qualität statt auf die Quantität – möglichst viele „Impacts“ und damit auch unvermeidlich höhere Beiträge zum BIP-Wachstum – nicht angemessener wäre. Andererseits stellt sich die Frage, was denn gegen die Vermehrung der „Impacts“ spricht. Dagegen könnte sprechen, dass bei den Expansionsbemühungen die Qualität auf der Strecke bleibt und die ABS-Idee verwässert wird. Diese Gefahr sieht VR1. Ihrem Eindruck nach nähmen Geschäfte im so genannten „grauen Bereich“ zu.<sup>74</sup> „Bestimmte Geschäfte, die wir gemacht haben, stimmen einfach für mich nicht mehr.“ Sie widersprechen dem „Geist der ABS“. Darüber seien sich die Beteiligten vielfach auch einig. „Man stimmt diesen Krediten zu, obwohl man um deren Fragwürdigkeit weiss.“ Erwidert werde dann: „Wir verdienen damit aber doch tausende von Franken pro Jahr. Wir müssen doch unsere laufenden Kosten decken.“ Könnte es gar sein, dass die Expansionsstrategie der Steigerung des „Impacts“ nur ein Vehikel ist für finanzielles Wachstum der ABS? VR1 jedenfalls hat zuweilen den Eindruck. Dass die ABS (in Sachen Nettowertschöpfung) wachsen „soll“ und „darf“, werde mit der „Modellhaftigkeit“ begründet, damit, „dass wir so ethisch reflektiert sind“ und „dass wir nur Gutes tun“. „So verkaufen wir dies, um ein grösseres Kuchenstück vom Markt zu erhalten.“ Fragwürdig sei daran auch, dass man sich vor allem auf eine wohlhabende Kundschaft konzentriere. Vieles laufe darauf hinaus, „dass man für die grossen Vermögen attraktiv sein will“.

Dass der Anteil „grauer“ Kredite zunehme, weist MA1 klar zurück, und zwar bereits mit Argumenten, die die Situierung der ABS in der Bankenlandschaft und im Bankenwettbewerb betreffen. Da nämlich die konventionellen Banken für Kreditgesuche „im Normalbereich – normal bezüglich Bonität, Risiko, Belehnung usw. – Schlange stehen“, fänden, abgesehen von einigen finanziell nicht tragfähigen Gesuchen, die auch die ABS ablehnen muss, von vornherein nur „grüne“ Kreditgesuche ihren Weg zur ABS. „Gerade durch diesen Verdrängungswettbewerb ergibt sich eine Konzentration auf unsere Kerngeschäfte.“ Denn die Geschäftsmodelle dieser „grünen“ Antragsteller würden von der ABS besser verstanden als von herkömmlichen Banken, was sich in den entsprechenden Kreisen herumge-

<sup>74</sup> Bankintern werden Kredite, die zwar, wie alle Kredite, die Ausschlusskriterien des Kredit- und Anlagegeschäfts erfüllen, denen aber kein besonderer sozialer oder ökologischer Mehrwert beizumessen ist, als „graue Kredite“ bezeichnet. Dies entspricht den „Ausleihungen ohne beurteilbaren Mehrwert“, wie sie im Geschäftsbericht ausgewiesen werden (ABS 2015, S. 6). Die den „Mehrwert“ bzw. das „Gemeinwohl“ steigernden Kredite werden „grüne Kredite“ genannt, die ausgeschlossenen Bereiche der Kreditvergabe „rote“ oder auch „schwarze“ Kredite.

sprochen habe. Daher verhalte es sich „gerade umgekehrt: Es wird nicht grauer, sondern grüner.“

Abgesehen davon hat sich der Anteil „grauer“ oder „08/15“-Kredite (GL) nicht etwa vergrössert, sondern zwischen 2013 und 2014 leicht verringert, von 18 auf 17 Prozent. Dass es sie überhaupt gibt, hängt zum einen mit Überlegungen der Risikostreuung zusammen (VR1), zum anderen mit dem „Sachzwang“ zum Liquiditätsabbau (GL) und wohl auch mit der Pflege bestehender Geschäftsbeziehungen, vor allem zu „wichtigen“ Kundinnen und Kunden. Gegenwärtig besteht die Zielmarke, den Anteil „grauer“ Kredite nicht über 20 Prozent steigen zu lassen (GL). Es werde überdies überlegt, „den Zielanteil“ der „grünen“ Kredite „mit dem Wachstum der ABS höher anzusetzen“, möglicherweise auf 85 oder später auf 90 Prozent (GL). Es handle sich bei der Etablierung dieser Begrenzung „um eine Schutzmassnahme“. Damit soll verhindert werden, dass „wir quantitativ wachsen und dann plötzlich etwas machen, das besonders schädlich wäre. Wir können deshalb ohne Abstriche an unserem Geschäftsmodell wachsen.“ (GL) Es sollte klar sein, dass das Wachstum, auf welches hier abgestellt wird, ein Wachstum in finanzieller Hinsicht sein muss (Nettowertschöpfung oder Bilanzsumme), womit sich die Befürchtung von VR1 bestätigen könnte, dass dem finanziellen Wachstum faktisch der Primat zukomme, wobei dieses lediglich unter die einschränkende Bedingung gestellt würde, zu mindestens 80 Prozent „grün“ zu sein.

VR1 zweifelt nicht daran, dass diese Quote eingehalten wird. Ihre Besorgnis geht eher dahin, dass die Anzahl „grauer“ oder fragwürdiger Kredite zunimmt, nicht unbedingt ihr finanzieller Gesamtumfang. „Dann hat man einen grossen Kredit für eine Genossenschaft, und schon wird die Quote wieder eingehalten.“

Was also könnte gegen die Expansionsstrategie sprechen? Sollte man etwa eine Quote auch für die Anzahl „grauer“ Kredite einführen? Dies erscheint wenig sinnvoll. Gegen das Expansionsstreben dürfte insgesamt weniger das sprechen, was damit äusserlich bewirkt oder nicht bewirkt wird (angesichts der Rebound-Effekte: jedenfalls unmittelbar), sondern allenfalls der Geist, den es transportiert. VR1 sieht „die Identität der ABS“ in Gefahr. Die ABS stehe doch dafür, „anders zu denken und zu handeln“. Gegenwärtig würden jedoch „bestehende Konzepte“, etwa Kennzahlensysteme, statt sie zu hinterfragen, „einfach tel quel übernehmen“ – um sie für die Expansionsstrategie und die Steigerung des „Mehrerts“ einzusetzen, wäre wohl zu ergänzen, wobei diese Steigerung mit dem Wachstum der Nettowertschöpfung weitestgehend korrespondiert.

Könnte es sein, dass die ABS mit ihrem Expansionsdrang ein schlechtes Vorbild abgibt und damit als „Modell“ für ein anderes Wirtschaften nicht mehr so recht taugt? Wenn der übergreifende Sinn der ABS in der „Stärkung eines anderen Bank- und Wirtschaftsverständnisses jenseits der Profitmaximierung“ (Nussbaumer 2015, S. 5) zu erblicken ist, wird der Geist, der in einer solchen „anderen“ Wirtschaft herrschen sollte, dann nicht eher verfehlt, wenn die ABS an die Stelle des „Profits“, den konventionelle Banken und Unternehmen, jedenfalls der offiziellen Doktrin zufolge, zu maximieren trachten, den „Impact“ setzt? Gehört zum Umbau der Wirtschaft hin zur „Nachhaltigkeit“ und auch hin zu einer Postwachstums- bzw. Kreislaufwirtschaft, die früher oder später erfolgen muss, nicht die Idee, dass es da ein Genug geben muss?

Es handelt sich hierbei um einen schwierigen und grundlegenden Konflikt über die Ausrichtung und Sinnorientierung der ABS, der hier nicht in die eine oder andere Richtung entschieden werden soll. Für beide Seiten gibt es gute

Gründe, wenn sich auch generell sagen lässt, dass die Ersetzung der Gewinn- durch die „Impactmaximierung“ der falsche Weg wäre. Für die Expansionsorientierung spricht etwa, dass es doch, wie GL meint, an sich begrüßenswert sei, wenn „mehr Menschen den Weg zur ABS finden und sich also für ein anderes, ein ethisch reflektiertes Bankenmodell entscheiden“. Zwar erwachsen daraus gewisse „betriebswirtschaftliche Sachzwänge“. Doch sei es daher verfehlt, mit Blick auf die ABS von einem „Wachstumszwang“ zu sprechen. Die ABS sei nicht etwa zum Wachstum gezwungen, sondern begrüße es, wenn ihr die Gelegenheit gegeben werde, „dieses Geld einer sinnvollen Verwendung zuzuführen“.

Wenn die ABS an ihrem Wachstumskurs festhält, was ohnehin vorerst zumindest unvermeidlich ist (vgl. Abschnitt 3.2), dann stellt sich allerdings nach wie vor die Frage, welche Antwort sie den Advokaten eines „Postwachstumsunternehmens“ gibt. Und die Antwort lautet, dass es zwar sinnvoll sein mag, dass sich hier und dort einige bestehende Unternehmen als „wachstumsneutrale“ Unternehmen zumindest mittelfristig etablieren, wofür ihre Wettbewerbsposition übrigens sehr gefestigt sein muss, dass es jedoch abwegig ist, hieraus eine Blaupause für den Übergang in eine Postwachstumswirtschaft abzuleiten. Da wir nicht so genau wissen, ob die Unternehmen wachsen wollen oder ob sie wachsen müssen, um nicht unterzugehen, ist, bevor den Unternehmen und ihren Beschäftigten ein Genug zuzumuten ist, an den „Strukturen, die Unternehmen unter einen Expansionsdruck setzen“, anzusetzen; letztlich sind systemische, im überindividuellen Wettbewerb zu verortende „marktwirtschaftliche Wachstumszwänge und -treiber“ zu beseitigen oder jedenfalls abzuschwächen (Deimling 2015, S. 3).

Wie dies im Einzelnen möglich sein soll, ohne die Wirtschaft in eine Abwärtsspirale zu reissen, ist eine vergleichsweise offene Frage, weshalb Ulrike Herrmann (2015, S. 8) hier einen dringenden Bedarf nach „Transformationsforschung“ erblickt.<sup>75</sup> Und auch Tim Jackson (2011, S. 130 ff., 175 f.) mahnt eine neue, „ökologische Makroökonomie“ eher an, als dass er sie bereits ausgeführt sähe. Zu den Massnahmen, die in die Richtung weisen könnten, zählt etwa eine gesellschaftspolitisch verbindliche Reduktion der Gesamtarbeitszeit (S. 142 f., 199), eine höhere Besteuerung grosser Vermögen (andeutungsweise S. 200 f.) oder die Einführung eines Grundeinkommens (S. 143).<sup>76</sup> Entscheidend hier ist: Es handelt sich um politische, regulatorische Massnahmen, nicht allein, wiewohl dies auch nötig ist, um einen „Bewusstseinswandel“ und eine Änderung des je individuellen Verhaltens. Notwendig ist die politische Regulierung, weil der Gesamtprozess von „Kräften“ bestimmt ist, die, wiewohl sie gesellschaftlichen Ursprungs sind, „sich der Kontrolle des Einzelnen entziehen“ (Jackson 2011, S. 167).

<sup>75</sup> „Es fehlt die Brücke, die vom Kapitalismus in diese neue ‚Postwachstumsökonomie‘ führen soll. Über den Prozess der Transformation wird kaum nachgedacht. Der Kapitalismus fährt [ökologisch] gegen eine Wand, aber niemand erforscht den Bremsweg.“ Herrmann (2015, S. 8).

<sup>76</sup> Hier wird die Position vertreten, dass es irgendwie gelingen muss, die Verlierer im Wettbewerbsprozess zu kompensieren, so dass sich diese nicht länger gezwungen sehen, weiter zu wachsen und dadurch Rebound-Effekte zu erzeugen. Ohne Umverteilung von oben nach unten, von dort, wo die Überschussliquidität entsteht, nach dort, wo der Bedarf die finanziellen Möglichkeiten übersteigt, wird dies nicht gelingen.

## Literatur

- ABS: Leitbild der Alternativen Bank ABS vom 30. September 1989 (in der Fassung vom 20. Mai 2005), Olten 2005.
- ABS: Geschäftsbericht 2013, Olten 2014 (2014a).
- ABS: Fernwärme, Bio-Käse und Wohnen in der Fabrik, in: Moneta, 3/2014, S. 20 f.
- ABS: Neue Konditionen bei fast allen Konten, Meldung vom 18. Oktober 2015 (2015a), [www.abs.ch](http://www.abs.ch).
- ABS: Geschäftsbericht 2014, Olten 2015 (2015b).
- Arnsperger, Ch.: Wachstum, Impact und unser Beitrag zu einer öko-sozialeren Welt. Interne Weiterbildung, Olten, 14. November 2013.
- Arnsperger, Ch.: Welche Art von Wachstum wollen wir?, in: ABS 2014a, S. 6-8 (2014a).
- Arnsperger, Ch.: Croissance et décroissance: Pourquoi pas les deux en même temps?, Vortrag im Rahmen der ABS-Geldgespräche, Lausanne, 10. Dezember 2014, [www.abs.ch](http://www.abs.ch) (2014b).
- BAFU (Bundesamt für Umwelt): Gesamt-Umweltbelastung durch Konsum und Produktion der Schweiz, Bern 2011, [www.bafu.admin.ch/uw-1111-e](http://www.bafu.admin.ch/uw-1111-e).
- Baumol, W.: The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't, New Haven 2012.
- Bertelsmann-Stiftung: Umfrage: Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis, Pressemitteilung vom 16. August 2012, [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de).
- Binswanger, M.: Geld aus dem Nichts, Weinheim 2015.
- Bude, H.: Gesellschaft der Angst, Hamburg 2014.
- Bundesrat: Umwelt Schweiz 2015, Bern 2015, [www.bafu.admin.ch](http://www.bafu.admin.ch).
- Deimling, D.: Die betriebswirtschaftliche Dimension einer Wirtschaft ohne Wachstum, unveröffentlichtes Ms. 2015.
- Demer, D.: Gnadenfrist trotz globalen Misserfolgs, in: Das Parlament, Nr. 31-32, 27. Juli 2015, S. 6, [www.das-parlament.de/2015/31\\_32/themenausgaben/-/384240](http://www.das-parlament.de/2015/31_32/themenausgaben/-/384240).
- Engelkamp, P./Sell, F.L.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, 6. Aufl., Berlin/Heidelberg 2013.
- Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“: Schlussbericht, 3.5.2013, [www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/175745/schlussbericht-der-enquete-kommission](http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/175745/schlussbericht-der-enquete-kommission).
- Ethikkontrollstelle der Alternativen Bank Schweiz: Revisionsbericht 2006. Die Bewältigung ethischer Konflikte im Anlagegeschäft, St. Gallen 2007.
- Ethikkontrollstelle der Alternativen Bank Schweiz: Revisionsbericht 2009. Die ABS als öffentlich sichtbare Akteurin, St. Gallen 2010.
- Ethikkontrollstelle der Alternativen Bank Schweiz: Revisionsbericht 2011. Die Reichweite der ABS-Idee, Berlin 2012.
- Ethikkontrollstelle der Alternativen Bank Schweiz: Revisionsbericht 2012. Der Umgang mit ökonomischen Konflikten - angesichts des Tiefzinsumfeldes, Berlin 2013.
- Ethikkontrollstelle der Alternativen Bank Schweiz: Revisionsbericht 2013. Die Vereinbarkeit des Ausbaus des Anlagegeschäfts mit der ABS-Idee, Berlin 2014.
- Ethikkontrollstelle der Alternativen Bank Schweiz: Revisionsbericht 2014. Die Dividendenpolitik der ABS, Olten 2015.
- Fellhauer, E.: Liberalismus und Verteilungsgerechtigkeit, Frankfurt a.M. 1994.
- Gebauer, J./Mewes, H./Dietsche, Ch.: Wir sind so frei. Elf Unternehmen lösen sich vom Wachstumspfad, Berlin 2015.
- Gershuny, J. I.: Post-Industrial Society: The myth of the service economy, in: Futures. The journal of policy, planning and futures studies, Nr. 2, 1977, S. 103-114.

- Gershuny, J. I.: *Changing Times: Work and Leisure in Postindustrial Society*, New York 2000.
- Grosjean, R.K.: *Bank-Lexikon*, 9. Aufl., Wiesbaden 1983, S. 1135-1137.
- Herrmann, U.: *Der Sieg des Kapitals*, Frankfurt a.M., 4. Aufl. 2014.
- Herrmann, U.: *Vom Anfang und Ende des Kapitalismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 35-37, 24. August 2015, S. 3-9, [www.bpb.de](http://www.bpb.de).
- Heusinger, R. von: „Ohne Wachstum bricht das System zusammen“, Interview mit Hans-Christoph Binswanger, [www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de), 18. September 2010.
- Hudson, M.: *The Bubble and Beyond*, 2. Aufl., Dresden 2014.
- Jackson, T.: *Wohlstand ohne Wachstum*, München, 2. Aufl. 2011.
- Jevons, W. St.: *The Coal Question*, London 1865.
- Keen, S.: *Debunking Economics*, 2. Aufl., London/New York 2011.
- Klein, N.: *This Changes Everything. Capitalism vs The Climate*, New York/u.a. 2014.
- Knauß, F.: *Die Freiheit, nicht wachsen zu müssen*, [www.wiwo.de](http://www.wiwo.de), 13. März 2015.
- Liesen, A./Dietsche, Ch./Gebauer, J.: *Wachstumsneutrale Unternehmen. Pilotstudie zur Unternehmensperspektive im Postwachstumsdiskurs*, Schriftenreihe des IÖW 205/13, Berlin 2013, [www.ioew.de](http://www.ioew.de).
- Linz, M.: *Drei Fragen zu Effizienz und Suffizienz*, Interview, in: *movum*, Februar 2016, [www.movum.info](http://www.movum.info).
- Loske, R.: „Nur arme Staaten sollten wachsen“, Interview, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 1. Dezember 2015.
- Mewes, H./Gebauer, J.: *Transformative Potenziale von Unternehmen, die nicht wachsen wollen*, in: *Ökologisches Wirtschaften*, 3/2015, S. 27-29.
- Miegel, M.: *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, 4. Aufl. 2010.
- Muraca, B.: *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*, Berlin 2014.
- Nussbaumer, E./Rohner, M.: *Editorial*, in: *ABS 2014a*, S. 3 (2014).
- Nussbaumer, E.: *Inmitten rascher Veränderungen. Bericht des Verwaltungsrates*, in: *ABS 2015b*, S. 4-5 (2015).
- Paech, N.: *Befreiung vom Überfluss*, München, 8. Aufl. 2014.
- Paech, B./Paech, N.: *Industrielle Spezialisierung, Entgrenzung und Postwachstumsökonomie*, in: Seidel, E. (Hrsg.), *Georg Winter – Pionier der umweltbewussten Unternehmensführung*, Marburg 2011, S. 345-364, zit. nach [www.transitiontownernfurt.de/app/download/572235148\\_1/Paech-2011-Festschrift-Winter.pdf](http://www.transitiontownernfurt.de/app/download/572235148_1/Paech-2011-Festschrift-Winter.pdf).
- Pettis, M.: *Why Increasing Savings Does Not Bring Wealth*, [www.econmatters.com](http://www.econmatters.com), 26. November 2015.
- Pfriem, R./Antoni-Komar, I./Lautermann, Ch.: *Transformative Unternehmen*, in: *Ökologisches Wirtschaften*, 3/2015, S. 18-20.
- Poppe, E.: *Der Rebound-Effekt*, Berlin 2013, [http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNo-deServlet/FUDOCs\\_derivate\\_000000003648/Erik\\_Poppe\\_Rebound\\_Effekt\\_Herausforderung\\_fuer\\_die\\_Umweltpolitik\\_2013.pdf](http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNo-deServlet/FUDOCs_derivate_000000003648/Erik_Poppe_Rebound_Effekt_Herausforderung_fuer_die_Umweltpolitik_2013.pdf).
- Posse, D.: *Zukunftsfähige Unternehmen in einer Postwachstumsgesellschaft. Eine theoretische und empirische Untersuchung*, Heidelberg 2015 (2015a), [www.voee.de](http://www.voee.de).
- Posse, D.: *Wachsen oder Weichen?*, <http://www.postwachstum.de>, 18. Juni 2015 (2015b).
- Rindlisbacher, S.: *Sozial, ökologisch und vorsichtig*, in: *Moneta*, 4/2014, S. 19.
- Rindlisbacher, S.: *Nationalbank zwingt uns zum Handeln*, in: *Moneta*, 1/2015, S. 18.
- Schmidbauer, F.: *Wie gut wächst die Schweiz? Rückblick auf die letzten zehn Jahre*, <http://dievolks-wirtschaft.ch>, 30. Januar 2015.
- Schnüringer, B.: *Gemeinsam wohnen ist wichtiger als Besitz*, Interview, in: *Moneta*, 3/2014, S. 18.
- Simmel, G.: *Die Philosophie des Geldes*, Leipzig 1900, zit. nach [www.digbib.org/Georg\\_Simme\\_l\\_1858/Philosophie\\_des\\_Geldes](http://www.digbib.org/Georg_Simme_l_1858/Philosophie_des_Geldes), 2011.

- Sinn, H.-W.: Das grüne Paradoxon, Ifo Working Paper No. 54, Januar 2008, [www.ifo.de](http://www.ifo.de).
- Santarius, T.: Der Rebound-Effekt: ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation, in: *GAiA*, 2/1014, S. 109-117, [www.santarius.de](http://www.santarius.de).
- Skidelsky R./Skidelsky E.: *Wie viel ist genug?*, München 2013.
- Steltzner, H.: Die große Ölschwemme, [www.faz.net](http://www.faz.net), 9. Dezember 2014.
- Thielemann, U.: *Das Prinzip Markt. Kritik der ökonomischen Tauschlogik*, Bern/Stuttgart/Wien 1996, als E-Text unter [www.mem-wirtschaftsethik.de](http://www.mem-wirtschaftsethik.de).
- Thielemann, U.: Integrative Wirtschaftsethik – als Reflexionsbemühung im Zeitalter der Ökonomisierung, in: Mieth, D./Schumann, O.J./Ulrich, P. (Hrsg.), *Reflexionsfelder integrativer Wirtschaftsethik*, Tübingen/Basel 2004, S. 69-102, als Ms. unter [www.mem-wirtschaftsethik.de](http://www.mem-wirtschaftsethik.de).
- Thielemann, U.: *Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus*, Marburg 2010.
- Thielemann, U.: Ethik des Finanzmarktes. Die unverstandene Rolle des Kapitals als angeblicher „Dienerin der Realwirtschaft“, in: Zschaler, F.E./Meck, S./Kleine, J. (Hrsg.), *Finethikon. Jahrbuch für Finanz- und Organisationsethik*, Bd. 2, Stuttgart 2012, S. 31-60; als Ms. unter [www.mem-wirtschaftsethik.de](http://www.mem-wirtschaftsethik.de).
- Thielemann, U.: *Es geht nicht ums Wachstum – Es geht um den Wettbewerb*, [www.postwachstum.de](http://www.postwachstum.de), 21. März 2013.
- Thielemann, U.: Homo oeconomicus ist das Allerheiligste der Volkswirtschaft, in: *Die Volkswirtschaft*, Nr. 8-9, 2015 (2015a), S. 26-28, [http://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2015/07/09\\_Thielmann\\_DE1.pdf](http://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2015/07/09_Thielmann_DE1.pdf).
- Thielemann, U.: *Wohin mit all dem Kapital?*, [www.mem-wirtschaftsethik.de](http://www.mem-wirtschaftsethik.de), 19. November 2015 (2015b).
- Vontobel, W.: *Weg mit dem Zwang*, [www.freitag.de](http://www.freitag.de), 14. Februar 2013.
- Weber, M.: *Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionsphilosophie*, Tübingen 1988 (1904/1905).